



Foto: ahoh / photocase.de

Projektbericht „OPEN – Offene Jugendarbeit und politische Bildung gemeinsamen engagiert“ (2021-2023)

Gefördert durch:

**STIFTUNG
MERCATOR**

Inhaltsverzeichnis

Projektidee, Ausgangslagen und Vorannahmen	3
Verlauf	8
Die Projektpartnerschaften	8
Projektmeilensteine (Auswahl)	10
Fachliche Inputs / Qualifizierungen	11
Arbeitstreffen	14
Besuche vor Ort	15
Reflexionstreffen	15
Erfahrungen und Erkenntnisse	16
Politische Themen von Kindern und Jugendlichen erkennen und aufnehmen	16
Partizipation von Kindern und Jugendlichen in den Einrichtungen und Organisationen an den Angeboten ermöglichen	17
Bearbeitung politischer Themen	18
Integrationsmodell für politische Bildung in der Jugendarbeit	22
Professionelles Know-how	26
Gestaltung der Kooperationen	27
Unterstützung durch <i>Transfer für Bildung (TfB) e.V. / Transferstelle politische Bildung</i>	29
Qualifizierung und Beratung	29
Austausch und Verbreitung	30
Ereichte Projektziele	31
Die Jugendlichen	32
Fachkräfte und Strukturen	34
Kooperationen	35
Gegenwärtige organisationale und finanziellen Bedingungen	36
Verbreitung und Dokumentation	39
Presse und Öffentlichkeitsarbeit	39
Informationen der (Fach-)Öffentlichkeit über das Projekt OPEN	40
Nachhaltigkeit	44
Transferarbeit, Unterstützungsstruktur und Forschung	44
Nach dem Projekt ist vor den Projekten...?	46
Literatur	46
Zum Weiterlesen	47

Projektidee, Ausgangslagen und Vorannahmen

Mit dem Projekt „OPEN – Offene Jugendarbeit und politische Bildung gemeinsam engagiert“ wollte *Transfer für Bildung (TfB) e.V. /Transferstelle politische Bildung* dazu beitragen, mehr und adäquate politische Bildung für Jugendliche zu ermöglichen, deren politische Anliegen bisher wenig Resonanz finden. Der 16. Kinder- und Jugendbericht stellte diese Aufgabe richtungsweisend bereits mit seinem Titel „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“ heraus und untermauerte sie mehrfach: „Politische Bildung ist eine Grundsatzaufgabe von Kinder- und Jugendarbeit“ (BMFSFJ 2020, S. 332). Das Projekt OPEN wollte fachliche Impulse und förderpolitische Anregungen hervorbringen, die der Forderung des 16. Kinder- und Jugendberichts entsprechen.

Zielgruppe für das Projekt waren Jugendliche, die, aufgrund fehlender politischer Bildungsmöglichkeiten und aufgrund der Erfahrung, nicht als (politisch) relevante Gruppe wahrgenommen zu werden, entweder Desinteresse an dem äußern, was sie als „offizielle Politik“ verstehen, oder dem politischen System sogar ablehnend gegenüberstehen. Diese Jugendlichen haben häufig den Eindruck, dass sie keine gestaltende Rolle in unserer Gesellschaft spielen. Was – oftmals mit kritisierendem Unterton – als politisches „Desinteresse“ Jugendlicher missverstanden wird, ist häufig deren Reflex auf die Erfahrung, dass ihnen zur politischen Meinungsbildung oder Mitgestaltung jede Kompetenz abgesprochen wird. Hinzu kommt, dass viele Themen, eigentlich hoch politisch, von Jugendlichen überwiegend als private Sorgen empfunden werden. Dies führt zum Erleben von Wut, Ohnmacht oder Irritation angesichts politischer Geschehnisse. Diese Jugendlichen leiden häufig unter ökonomischen und sozialen Benachteiligungen, die auch das familiäre Umfeld oder die Schule nicht kompensieren können.

Die beschriebene Gruppe von Jugendlichen ist typischerweise Nutzer*innen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Für die Jugendlichen ist die offene Einrichtung ein Ort, an dem sie in ihrer Freizeit gern sind und informelle Gruppenerfahrungen machen. Es ist auch ein Ort, an dem sie ihre politischen Fragen und Überlegungen artikulieren, mit denen sie sich aus eigenem Erleben oder Erfahrungen heraus in ihrem privaten Umfeld beschäftigen. Die Bandbreite dieser politischen Themen ist so vielfältig wie die Lebensumstände der Jugendlichen, beispielsweise Fragen, Sorgen und Parteinahme zu Krieg und Frieden in Herkunftsländern, Fragen sozialer Gerechtigkeit, Debatten zu Flucht und Asyl, zum Klimawandel oder zu den politischen Entscheidungen in der Corona-Krise.

Allerdings artikulieren Kinder und Jugendliche ihre Themen auf sehr unterschiedliche Weise und nicht immer direkt. Dies führte in der Vergangenheit häufig dazu, ihnen politisches Interesse generell abzusprechen, also den Fehler zu machen, die Selbstzuschreibung der Jugendlichen („Politik ist nichts für mich“) zu wiederholen oder ihnen eine Überforderung zu attestieren, wenn es um politische Themen geht. Empirisch konnten derartige Zuschreibungen bereits widerlegt werden (vgl. Kohl/Seibring 2012); in der Praxis wird dieses Narrativ von Fachkräften jedoch nach wie vor vorgebracht.

Auch wenn man inzwischen gegenüber den politischen Themen von Kindern und Jugendlichen aufmerksamer geworden ist, war es zu Projektbeginn eine weitgehend offene Frage, wie diese in den Offenen Einrichtungen (aber auch in der Jugendsozialarbeit, der Jugendverbandsarbeit und der politischen Jugendbildung) Berücksichtigung finden können. Das vorherrschende Vorgehen war und ist, dass Themen dann gesetzt oder Angebote dazu gemacht werden, wenn Fachkräfte der Meinung sind, dass sie relevant sind, etwa vor Wahlen, bei bestimmten internen Konflikten (z.B. Streitigkeiten zwischen Gruppen in Einrichtungen) oder gesellschaftlichen Konfliktlagen (z.B. Extremismusgefahr). Dann besteht das pädagogische Handeln darin, für ausgewählte politische Themen für unterschiedliche Zielgruppen adäquate Formate und Methode zu wählen. Man denkt darüber nach, wie man Kinder und Jugendliche „dazu bekommt“ oder „dafür interessiert“ sich politisch zu bilden. OPEN drehte diese Blickrichtung um. Es sollte darum gehen, die politischen Themen der Kinder und Jugendlichen zu erkennen und aufzunehmen.

Die Frage, wie diese Intention umgesetzt werden kann, wird im Fachdiskurs (vgl. Becker 2020 und 2018) mehr und mehr thematisiert. Frage und Antworten darauf sind als Herausforderung nicht zu unterschätzen. Denn die adulte Perspektive („Wir wissen, was du lernen solltest, und bieten dir die Möglichkeiten dafür.“) ist nicht nur eine übliche pädagogische Haltung, auch in der Jugendarbeit, sondern sie wird durch die organisationalen und finanziellen Bedingungen der Jugendarbeit gestützt: Nicht selten werden Angebote nur dann finanziert, wenn man sie als Einzelmaßnahme mit vorab bestimmten, festen Parametern konzipiert (Thema, Format, Gruppengröße etc.). Entsprechend hoch ist der Widerstand gegenüber einem Perspektivwechsel. Er kann sich in einer fachlichen begründeten Abwehr (mit Begründungen, das pädagogisch Richtige zu tun) oder einer organisational begründeten Abwehr (dass andere Formen pädagogischen Handelns nicht umsetzbar seien) ausdrücken.

Demzufolge war das Interesse an Vorgehen und Erkenntnissen aus dem OPEN-Projekt, in dem mit einer strikten jugendzentrierten Perspektive gearbeitet wurde, sehr hoch. Davon

zeugen die vielen Einladungen an *Transfer für Bildung (TfB) e.V. / Transferstelle politische Bildung*, über die Projekterfahrungen in OPEN zu berichten und in Fachkreisen zu diskutieren. Insbesondere das in OPEN erarbeitete „Integrationsmodell für politische Bildung in der Jugendarbeit“ (vgl. Becker 2022) fand und findet ein breites Interesse.

OPEN brachte im Rahmen des Fachdiskurses einen weiteren, bisher wenig beachteten Aspekt in die Debatte, nämlich die Zusammenarbeit mit anderen Praxisfeldern der Jugendarbeit, in unserem Fall mit der politischen Jugendbildung. Denn auch wenn Fachkräfte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit aufmerksamer gegenüber den politischen Themen der Kinder und Jugendlichen werden, ist damit noch nicht beantwortet, ob und wie sie in der Lage sind, diese Themen mit den Jugendlichen zu bearbeiten. Jugendliche thematisieren politische Fragen untereinander und gegenüber dem pädagogischen Personal. Dieses ist jedoch nicht selten überfordert, wenn es um politische Zusammenhänge geht, die von den Fachkräften selbst ggf. nicht erkannt oder nicht überschaut werden. Auch didaktische Kenntnisse, also die Frage, wie solche Themen aufgenommen, entsprechendes Wissen, Diskussionen und Reflexionen gemeinsam mit den Jugendlichen bearbeitet werden können und damit politische Bildung ermöglicht werden kann, gehören in der Regel nicht zum fachlichen Know-how der Fachkräfte der OKJA.

Gefragt sind daher Ansätze, Formate und Methoden politischer Bildung, die den Interessen der Jugendlichen und dem offenen Setting angemessen sind. Träger politischer Jugendbildung können diese bieten, sind in diesen Themen bewandert und zugleich in der Lage, jugendpädagogisch mit den Jugendlichen umzugehen.

Allerdings kennen Träger politischer Jugendbildung in der Regel keine Offenheit im Sinne eines „Kommens und Gehens“. Aufgrund struktureller Gegebenheiten werden (fast nur) gezielte, zeitlich und thematisch begrenzte vorkonzipierte Angebote gemacht, d.h. dass Themen und Methoden vorab in Form eines Programms (z.B. einer Bildungsstätte, eines Bildungswerks oder einer Volkshochschule) veröffentlicht werden und sich Jugendliche für eine Teilnahme entscheiden können. Dieses pädagogische Setting bietet Vorteile, beispielweise wenn sich interessierte Jugendliche konzentriert und in geschützten Räumen in der Gruppe mit Themen intensiv beschäftigen und mehrere Tage miteinander verbringen können. Da Träger politischer Bildung aber aufgrund ihrer strukturellen Gegebenheiten weniger lebensweltlich und kommunal eingebunden sind und insofern in der Regel nicht zum alltäglichen Freizeitprogramm der Jugendlichen gehören, müssen diese, um freiwillig teilzunehmen, die Einrichtungen kennen und ihnen vertrauen, und zudem überzeugt sein, dass tatsächlich sie mit dem Angebot gemeint sind und ihre Teilnahme erwünscht ist, bzw.

zumindest ansatzweise einschätzen können, was sie erwartet. Für Jugendliche, die sich ohnehin kein politisches Interesse zutrauen, kann das eine große Hürde sein.

Hinsichtlich dieser Hürden sind in den letzten Jahren in der politischen Jugendbildung viele Diskussionen geführt und Ansätze einer „aufsuchenden Bildungsarbeit“ erprobt worden. Nach wie vor gilt jedoch vor allem die Kooperation mit Schulen als ein Königsweg zu politischer Jugendbildung – ein Weg, der zwangsläufig davon geprägt ist, dass auch hier Themen, Teilnehmende, Formate und Methoden vorab feststehen. Die Schwierigkeit eines Perspektivwechsels, die Themen der Jugendlichen, wie oben beschrieben, als handlungsleitend zu verstehen, trifft also auch auf die Fachkräfte der politischen Jugendbildung zu.

Dennoch lag es nahe, die Potenziale der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der politischen Jugendbildung in Form einer Win-win-Beziehung zu nutzen: Politische Bildung und Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) können gemeinsam viele Jugendliche erreichen, die ansonsten keinen Kontakt zur klassischen politischen Bildung haben und wenig demokratiebildende Erfahrungen machen. Träger der Offenen Jugendarbeit und der politischen Jugendbildung können gemeinsam ein geeignetes – freiwilliges und lebensweltnahes – Setting bieten, um die politischen Themen der Jugendlichen aufzunehmen, gemeinsam zu bearbeiten, zu reflektieren und die Meinungsbildung und Urteilsfindung rational (und letztlich auch emotional) zu stützen. Zugleich könnte die (bei Fachkräften vorhandene) Hürde genommen werden, „große“ politische Themen mit Jugendlichen zu bearbeiten, deren Beziehung zu Politik schwierig zu nennen ist.

In beiden Praxisfeldern gab und gibt es das gemeinsame Interesse, mehr politische Bildung und Demokratiebildung für politikferne, benachteiligte Jugendliche zu bieten. In beiden Feldern war und ist man an einer nachhaltigen Stärkung trägerübergreifender Strukturen („Landschaft politischer Bildung“) interessiert. Beide Handlungsfelder kennen unterschiedliche, wertvolle Konzepte und Zugangswege, wobei es der Offenen Kinder- und Jugendarbeit an speziellem Know-how zur politischen Bildung fehlt und der politischen Jugendbildung an Möglichkeiten, nah am Alltag der Jugendlichen agieren zu können. Eine Zusammenarbeit von Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit und von Bildungsstätten ist daher gewinnbringend für alle Beteiligten. Die Offene Jugendarbeit kann von der Expertise und der langjährigen Erfahrung der politischen Bildung profitieren. Die Organisationen und Einrichtungen politischer Bildung können durch die Kooperation diejenigen Jugendlichen erreichen und mit ihnen zusammenarbeiten, zu denen sie oftmals keinen Zugang finden. Da die Offene Jugendarbeit im Gegensatz zur politischen Bildung oftmals stark kommunal

eingebunden ist, könnten darüber hinaus Ansätze politischer Partizipation in der Kommune gefördert werden. Ziel ist es insgesamt, den Jugendlichen bedarfsgerechte und effektive Angebote machen zu können.

Es ging also darum, mit OPEN zwei Fragen zu bearbeiten: 1) Wie können die Themen der Jugendlichen in den Mittelpunkt gestellt und adäquat bearbeitet werden? 2) Und welche Vorteile bringt die Zusammenarbeit in der Jugendarbeit, hier zwischen Offener Kinder- und Jugendarbeit und politischer Jugendbildung, wenn es darum geht, gemeinsam Ansätze für eine jugendgerechtere politische Bildung/Demokratiebildung zu entwickeln?

Die Ausgangsthese war, dass eine nachhaltige Zusammenarbeit und Vernetzung der beiden Arbeitsfelder dazu beitragen können, passendere, vielfältigere Angebote politischer Bildung zu machen, die alle Kinder und Jugendlichen ansprechen, d.h. auch bisher wenig erreichte Zielgruppen aus bildungsbenachteiligten und politikfernen Kontexten.

Dies entspricht einer weiteren Forderung des 16. Kinder- und Jugendberichts, nämlich, „dass die Kooperation und die gegenseitige Kenntnis- und Bezugnahme zwischen der außerschulischen politischen Bildung und den weiteren Säulen der Kinder- und Jugendarbeit [...] verbessert werden sollte“ (BMFSFJ, 2020, S. 20).

Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der nonformalen politischen Jugendbildung teilen als Träger der Jugendarbeit gesetzliche und fachliche Grundlagen. Das SGB VIII § 11 (1) formuliert die Rechtsgrundlagen der Kinder- und Jugendarbeit: „Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.“

Allerdings bestehen zwischen den Praxisfeldern auch große Unterschiede, die eine Herausforderung für die Zusammenarbeit darstellen. Sie unterscheiden sich in ihrer Organisation, den pädagogischen Settings, Angeboten und Formaten. Kooperationen zwischen Offener Kinder- und Jugendarbeit und politischer Jugendbildung sind daher sehr voraussetzungsvoll. Sie finden demzufolge bisher, trotz ihres großen Potenzials, äußerst selten statt. Meistens werden sie nur punktuell im Rahmen von Einzelmaßnahmen

umgesetzt, die durch die Fachkräfte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit angefragt und von der politischen Jugendbildung – quasi als Dienstleistung – durchgeführt werden. Bis zum OPEN-Projekt gab es kaum Vorhaben, welche die Potenziale der unterschiedlichen Konzepte und Settings dieser beiden Bereiche der Jugendarbeit systematisch und längerfristig zusammenbrachten, um kooperativ eine jugendgerechtere politische Bildung bzw. Demokratiebildung zu entwickeln.

Verlauf

Die Projektpartnerschaften

Im Rahmen des Projekts haben sechs Partnerschaften, bestehend aus je einer Einrichtung der nonformalen¹ politischen Jugendbildung und der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) in Nordrhein-Westfalen, zusammengearbeitet.

Ab dem Projektstart im März 2021 führte *Transfer für Bildung (TfB) e.V. / Transferstelle politische Bildung* Recherchen zur Auswahl potenzieller Partnereinrichtungen aus der politischen Jugendbildung durch. Dabei ließ sich *TfB e.V.* für eine geeignete Auswahl ausführlich von Vertreter*innen von (Dach-)Verbänden beraten und sprach *TfB e.V.* Einrichtungen der politischen Jugendbildung direkt an. Die Auswahlkriterien waren eine möglichst breite Streuung: geografisch (Stadt/Land/Ballungsräume), hinsichtlich der Zugehörigkeiten/Trägerschaften (städtisch/konfessionell/frei; verbandlich/öffentlich) und hinsichtlich unterschiedlicher Arbeitsbedingungen. Auch (wünschenswerte) Erfahrungen mit Kooperationen wurden thematisiert sowie die Frage, ob die Einrichtungen aufgrund ihrer Ressourcen eine verbindliche, längerfristige Projektpartnerschaft eingehen könnten.

TfB e.V. hatte sich dagegen entschieden, Partnerschaften offen auszusprechen, um gezielt erfahrene und für Innovationen aufgeschlossene Träger der politischen Jugendbildung anzusprechen, die sich nicht nur aufgrund der in Aussicht stehenden Projektgelder, sondern aus Interesse am innovativen Ansatz des Projekts beteiligen wollten. Dieses Vorgehen hat sich im Laufe des Projekts bewährt. Da die Träger wussten, worauf sie sich einlassen, ist in keiner der Partnerschaften ein Träger „abgesprungen“.

¹ Wir sprechen aus zwei Gründen von nonformaler statt von außerschulischer politischer Bildung: Zum einen beziehen wir uns nicht auf schulische politische Bildung bzw. grenzen uns nicht davon ab. Zum anderen kommt es seit der Einführung des Ganztags häufig zu einer missverständlichen Verwendung, indem mit außerschulisch lediglich Lernorte außerhalb von Schulen bezeichnet werden, in denen aber weiterhin schulische Settings, Formate und Regeln gelten.

Von *TfB e.V.* wurden nur Träger politischer Jugendbildung gezielt angesprochen, weil es von diesen in Nordrhein-Westfalen wesentlich weniger gibt als Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Es gibt ca. 2.200 Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Zahlen für die politische Jugendbildung liegen nicht vor, geschätzt werden ca. 100.

Während *TfB e.V.* die Auswahl der Einrichtungen aus der politischen Jugendbildung vornahm, waren die Partner aus der Offenen Arbeit von den Einrichtungen der politischen Jugendbildung zu finden. Dieses Vorgehen war aufgrund ihrer Kenntnisse der örtlichen Gegebenheiten und Möglichkeiten sowie eventuell schon vorhandener Erfahrungen mit Zusammenarbeit sinnvoll. Teilweise kannten die Träger der politischen Jugendbildung bereits Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit in ihrer Nachbarschaft. Viele waren auch bereit und motiviert, mit neuen Partnern zusammenzuarbeiten.

Ausgewählte Einrichtungen der politischen Jugendbildung wurden ab Ende März 2021 angefragt. Bei ausführlichen Terminen (wegen der Corona-Pandemie alle digital) wurde das Konzept von OPEN vorgestellt. Die Gesprächspartner*innen reagierten überwiegend mit spontaner Zustimmung zur Teilnahme. Sie begrüßten das Konzept, in dem einige sogleich Chancen erkannten, eigene „schlummernde“ Ideen einzubringen sowie ihre Stärken und Vorzüge in synergetischen Partnerschaften zu entfalten. Ein wichtiges Motiv waren bisherige Überlegungen (auch bisher nicht erfolgreiche Anläufe) zu geeigneten Konzepten für politische Bildung mit sogenannten benachteiligten Jugendlichen. Diese Überlegungen in Kooperation mit Trägern weiterzuentwickeln, die Erfahrungen mit solchen Jugendlichen haben, war attraktiv. Die Möglichkeiten, die das flexible Projektkonzept bietet, waren ebenfalls überzeugend: ein neues Konzept, neue Ideen, ungewöhnliche Wege und kreative Formen ausprobieren, Zeit für Reflexion über die Arbeitsbedingungen und -konzepte der Partner*innen, flexible Gestaltung der Kooperationen, Offenheit und Durchlässigkeit für Kurskorrekturen und Anpassungen, transferfähige Modelle für eine gemeinsame politische Bildung/Demokratiebildung entwickeln und erproben etc. Nicht zuletzt erschien den Vertreter*innen aus den Einrichtungen der politischen Jugendbildung die Aussicht sehr attraktiv, auf fachlicher und politischer Ebene Einblicke in die Vorteile solcher innovativen Kooperationen geben und Modelle aufzeigen zu können, aber damit auch die Notwendigkeit neuer förderlicher Bedingungen nachdrücklich unterstreichen zu können. Anfang Juli 2021 lagen verbindliche Zusagen von sechs Einrichtungen der politischen Jugendbildung vor.

Aufgrund der Einflüsse der Corona-Pandemie war die Suche nach geeigneten Partnereinrichtungen aus der Offenen Jugendarbeit für die teilnehmenden Einrichtungen aus der nonformalen politischen Jugendbildung zum Teil langwierig und erforderte mehrere Anläufe. Die Offene Jugendarbeit war von Schließungen in den Lockdownphasen stark betroffen und nachfolgend durch die Planung und Umsetzung notwendiger Hygienekonzepte zeitlich sehr beansprucht. Hinzu kam verbreiteter Personalmangel.

Bei allen Einrichtungen und Trägern bestand darüber hinaus ein stark erhöhter Workload durch Einbindung in das Corona-Aufholprogramm, was zu einer nahezu lückenlosen Belegung/Nichtverfügbarkeit durch Aktivitäten im Sommer 2021 führte. Allen Widrigkeiten zum Trotz hatten sich die sechs geplanten Partnerschaften schließlich bis Januar 2022 gefunden.

Projektmeilensteine (Auswahl)

Während der ersten Projektphase wurden die Partnerschaften geplant und vorbereitet. Zeitgleich und weiter fortlaufend sondierte *Transfer für Bildung e.V.* die Bereitschaft von (Dach-)verbänden (Arbeitsgemeinschaft Katholisch-Sozialer Bildungswerke e.V., Arbeitsgemeinschaft Offene Türen Nordrhein-Westfalen e.V., Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V., Deutscher Volkshochschul-Verband, Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung e.V., Kooperationsverbund Offene Kinder- und Jugendarbeit, Landesjugendring NRW, Landesverband der Volkshochschulen von NRW e.V.), Behörden (das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW (MKFFI), Landesjugendämter etc.) und weiteren Multiplikator*innen, Teil einer Unterstützungsstruktur für das Projekt OPEN zu werden. Es gab sehr positive Reaktionen und zahlreiche Interessenbekundungen sowie eine große Bereitschaft, sich einzubringen. Verabredet wurden zunächst eine regelmäßige Information sowie Einladungen zu Projekttreffen (wo sinnvoll).

Zeitgleich hat Transfer für Bildung e.V. eine Wortbildmarke entwickeln lassen, die auf der Webseite, als E-Mail-Signatur und für digitale und Print-Publikationen genutzt wurde. Sie kombinierte das grafische Symbol der *Transferstelle politische Bildung* mit dem Projekttitel (Offene Jugendarbeit und politische Bildung gemeinsam engagiert) und dem Schriftzug OPEN, der grafisch und farblich an das Transferstellenlogo angelehnt ist. Die *Transferstelle politische Bildung* ist ein Fachbereich des Projektträgers *Transfer für Bildung e.V.* und führte das Projekt OPEN durch. Die Wortbildmarke hat durch ihre Gestaltung einen hohen

Informations- und Wiedererkennungswert. Auch das Akronym „OPEN“ war sehr schnell geläufig.

Die zu Beginn des Projekts eingerichtete Webseite (<https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/open/><https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/open/>) ist im Hauptnavigationsmenü der Homepage von *Transfer für Bildung e.V.* dem Menüpunkt „Transferstelle“ zugeordnet. Die Webseite informierte dort über das Projektkonzept und die Projektpartnerschaften. Sie wurde um eine Newsrubrik, u.a. mit Hinweisen auf Fachveranstaltungen (bisher per Rundmails geteilt) und Aktivitäten der Projektpartnerschaften, anschauliche Vorstellungen der Einrichtungen der Partnerschaften, allgemein interessante Literaturhinweise, Hinweise auf thematisch passende Veranstaltungen (zur weiteren Information, Diskussion, Fortbildung etc.) erweitert.

Im gesamten Projektverlauf fanden neben Arbeitstreffen, die dem allgemeinen, aktuellen Austausch zum Fortgang der Partnerschaftsprojekte der Planung und Beratung dienten, abgestimmt auf die (Qualifizierungs-)Bedarfe der Projektpartnerschaften, gesonderte thematische Input-/Gesprächsrunden statt. Sie waren gleich zu Beginn des Projekts von den Teilnehmenden angefragt worden. Während die Teilnahme an den Arbeitstreffen obligatorisch und den Projektbeteiligten vorbehalten war, war die Teilnahme an thematischen Input-/Gesprächsrunden fakultativ. An diesem Format konnten auch weitere Mitarbeiter*innen, über den engeren Projektteilnehmendenkreis hinaus erweitert, teilnehmen.

Transfer für Bildung (TfB) e.V. / Transferstelle politische Bildung führte über den ganzen Projektzeitraum zahlreiche (Beratungs-)Gespräche mit den Projektpartnerschaften, sowohl mit beiden Partnern als auch separat, zu unterschiedlichen fachlichen und auch organisatorischen Fragen. Die Verabredungen erfolgten überwiegend spontan und informell. Dass *TfB e.V.* immer unkompliziert ansprechbar war und Unterstützung geleistet hat, haben die Teilnehmenden im Feedbackgespräch besonders hervorgehoben.

Fachliche Inputs / Qualifizierungen

Eine erste thematische Input-/Gesprächsrunde im November 2021 (Helle Becker: „(Wissenschaftliche) Konzepte und Positionen sowie Entwicklungen zum Verständnis von politischer Bildung/Demokratiebildung im Anschluss an den 16. Kinder- und Jugendbericht“)

wurde sehr begrüßt und führte zu dem Beschluss, dass weitere Runden folgen sollten. So fand Mitte Januar ein Workshop mit Thomas Glaw, Berlin, statt.

Thomas Glaw ist, gemeinsam mit Wissenschaftler*innen der Universität Hamburg, Mitentwickler der sogenannten GEBE-Methode (entstanden aus dem Modellprojekt „Gesellschaftliches Engagement von Benachteiligten fördern“). Diese Methode wurde weiterentwickelt zum „KoKoDe“-Vernetzungskonzept auf kommunaler Ebene (entstanden aus dem Projekt „Kooperation in der Kommune demokratisches Engagement von Kindern und Jugendlichen fördern“).

Im digitalen Workshop „Partizipation und Demokratisch-gesellschaftliches Engagement. Qualitäten Offener Kinder- und Jugendarbeit“ ging es um Ansätze und Möglichkeiten, die politischen Themen von Jugendlichen im Alltag zu erkennen und aufzunehmen. Neben einem kompakten Input zu den GEBE- und KoKoDe-Ansätzen standen Beispiele aus dem Arbeitsalltag der Projektteilnehmenden im Mittelpunkt von Gesprächs- und Reflexionsphasen. Weiterhin ging es um Fragen wie die Übertragbarkeit der aus der Offenen Arbeit stammenden Ansätze in andere Settings und die Entwicklung von Strukturen für Kooperationen.

Zu Jahresbeginn 2023 fand eine zusätzliche thematische Input-/Gesprächsrunde statt. Nach einem Workshop zur GEBE-Methode (= Gesellschaftliches Engagement von Benachteiligten fördern) Anfang 2022 hatten die Projektteilnehmenden den Wunsch nach weiterem Input und Gelegenheit zum praktischen Üben geäußert, das konkret an ihrer alltäglichen Arbeit und ihren Einrichtungen ausgerichtet sein sollte. Thomas Glaw, der gemeinsam mit Wissenschaftler*innen der Universität Hamburg die GEBE-Methode mitentwickelt hat und der den Workshop 2022 geleitet hatte, führte auch diesen Workshop durch.

Eine der Herausforderungen bei den komplexen Aufgaben der Fachkräfte in den OPEN-Partnerschaften war der Anspruch, dass die Angebote und Möglichkeiten in den Einrichtungen möglichst gut von den Teilnehmenden/Besucher*innen genutzt werden und gleichzeitig eine hohe Wirkung erzielt wird.

Die GEBE-Methode sieht folgende Schritte vor:

- 1) Beobachtung des Handelns/Sprechens der Kinder und Jugendlichen im Alltag der Jugendeinrichtung
- 2) Schriftliche Dokumentation der Beobachtung

- 3) Teamsitzung für die selbstkritische Auswertung der Beobachtungen (z.B. in Bezug auf implizite Bewertungen)
 - 4) Suche nach thematischen Angeboten in den beobachteten Handlungsweisen
 - 5) Entscheidung, welches Thema aufgegriffen und den Kindern und Jugendlichen zurückgespiegelt werden soll
 - 6) Antwort bzw. Resonanz auf das vermutete Thema für die Kinder oder Jugendlichen
 - 7) Dialog mit den Beteiligten darüber, um was es ihnen wirklich geht
 - 8) Unterstützung der Beteiligten, ihr Thema auszudrücken und als Inhalt der gemeinsamen Bildungsarbeit zu bestimmen
 - 9) Entwicklung von gemeinsamen praktischen Handlungsschritten mit den Teilnehmenden zur Umsetzung ihres Themas
 - 10) Dokumentation des gesamten Prozesses mithilfe von Medien (besonders durch Foto- und Videomaterial) und Reflexion mit den Beteiligten in Bezug auf die Dokumente
- (vgl. Sturzenhecker 2023)

Das Vorgehen wurde an einigen Praxisbeispielen exemplarisch vertieft. Weitere Themen waren unter anderem das Bild von der eigenen Organisation sowie lebensweltliche Sozialräume (im Kontext der Zielgruppe), institutionelle Sozialräume und Ressourcen der Fachkräfte (die Profession betreffend). Anspruchsvolle Inputs wurden in regelmäßigen Abständen durch einen interaktiven Methodenmix und kurze Arbeitsgruppenphasen aufgelockert und mit Blick auf das eigene Arbeitsfeld konkretisiert.

Die Teilnehmenden am Workshop im Januar hatten in der Zwischenzeit eine Aufgabe bearbeitet: In einer „Geschichte der vollendeten Zukunft“ hatten sie die Lösung eines praktischen Problems in ihrem Arbeitsalltag und den Weg dorthin beschrieben. In einem Online-Vertiefungsworkshop im April 2003 („GEBE+: Organisationsentwicklung, Netzwerke und Wirkungsorientierung“) prüfte und reflektierte die Runde, unterstützt durch ein Feedback von Thomas Glaw, Vorhaben und Maßnahmen und nahm die entwickelten Vernetzungen und Kooperationen in den Blick. Welche Aktionen hatten zum Ziel beigetragen? Welche Strategien könnten in unterschiedlichen Settings gelingen? Diese und andere Fragen wurden kritisch und engagiert diskutiert.

Arbeitstreffen

Die Arbeitstreffen fanden sowohl digital als auch in Präsenz statt.

Bei einem (virtuellen) Rundgang durch die Werkstätten ihrer Partnerschaften berichteten die Projektteilnehmenden von ihren Plänen, Verabredungen und Arbeitsschritten. Im Mittelpunkt standen dabei beispielsweise Schwerpunkte und Fragen wie:

1) Wie können die Bedarfe und (politischen) Themen der Jugendlichen identifiziert werden? Wie können sie beteiligt werden? Wie kann die Zusammenarbeit gelingen?

Hier ergaben sich viele Anknüpfungspunkte zu den methodischen Schritten des GEBE-Ansatzes (Workshop vom Januar).

2) Wie gestalten wir unsere Partnerschaften (Kommunikation, Abstimmung, Aufgabenverteilung, Formen etc.)?

In Breakout-Sessions gab es ergänzend Zeit und Raum für kollegiale Beratung und Erfahrungsaustausch.

Bei einem weiteren Treffen waren zwei Forscher*innen von der TH Köln zu Gast. Seit Mitte 2022 dient das Projekt OPEN dem „Forschungsprojekt zu neuen kooperativen Formen politischer Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit. Eine qualitative Feldanalyse“ (Laufzeit: 2022-2024) (<https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/feldanalyse-kja>) als Forschungsfeld. Für die qualitative Feldanalyse nutzten die Wissenschaftler*innen OPEN als Feldzugang, um die Praxis neuer Formen politischer Bildung in der Jugendarbeit, die in und durch die Vernetzung unterschiedlicher Feldakteure entstehen können, wissenschaftlich zu untersuchen. Die Wissenschaftler*innen wollten die Projektteams persönlich kennenlernen und Einblicke in ihre Arbeit bekommen. Sie stellten erste konzeptionelle Ideen zum Forschungsvorhaben vor und beantworteten Fragen aus dem Plenum.

Bei einem Arbeitstreffen im Dezember 2022 stellte Helle Becker das zu der Zeit in der Entwicklung befindliche Modell einer Demokratiebildung/politischen Bildung in der Jugendarbeit vor und referierte über „Pädagogische Handlungsmodi politischer Bildung in der Jugendarbeit/Jugendbildung“ (siehe auch S. 22). Unter Handlungs-/ Wahrnehmungs- und Aneignungsmodi politischer Bildung versteht die Referentin drei, im Idealfall aufeinander bezogene Gelegenheitsstrukturen für politische Bildung (aus Sicht der Kinder und Jugendlichen) und entsprechende Handlungsmodi (aus Sicht der Fachkräfte), d.h. unterschiedliche Formen pädagogischen Handelns, die politische Bildung/Demokratiebildung ermöglichen: (1) als anlassbezogene Auseinandersetzung mit politischen Themen, (2) als

strukturelle Erfahrungsmöglichkeit und (3) als gesondert arrangiertes, thematisches Setting (siehe: Becker 2020 und 2021).

Der Vortrag war Ausgangspunkt für Austausch und Diskussion, zunächst in Arbeitsgruppen und anschließend im Plenum. Die Projektpartnerschaften ordneten Beispiele aus ihrer Arbeit den Handlungsmodi zu und ermittelten deren Verbindungen und Zusammenspiel. Es wurde deutlich, dass die Kategorien analytisch hilfreich sind. Sie machen die verschiedenen Formen und Möglichkeiten von politischer Bildung in Feldern der Kinder- und Jugendarbeit, inklusive politischer Jugendbildung, sichtbar und ermöglichen eine differenzierte und zugleich feldübergreifende Betrachtungsweise. Die Fachkräfte kommentierten zudem das Modell. So trug das Treffen erheblich zur Weiterentwicklung des „Integrationsmodell politische Bildung in der Jugendarbeit“ bei. Im Bedingungsgefüge von gesellschaftlicher Wirkung, Wirkung bei der Zielgruppe und den zu ergreifenden Maßnahmen ist das Integrationsmodell (gleichzeitig ein Kreismodell) auch ein geeignetes Instrument, um Ergebnisse und pädagogische Handlungsweisen (rückblickend) zu (re-)konstruieren und einzuordnen.

Besuche vor Ort

Ende 2022 besuchten Helle Becker und Marita Klink die Projektpartnerschaften vor Ort. Die Treffen fanden jeweils in der Einrichtung statt, in der die meisten Aktivitäten im Rahmen von OPEN angesiedelt waren. Im kleinen Rahmen konnten Fragen und Themen besprochen werden, die in großer Runde eventuell nicht auf die Agenda gekommen wären. Unter anderem wurden die Projektpartnerschaften zu konkreten Situationen und Umsetzungsfragen beraten. Die Besuche vermittelten darüber hinaus einen anschaulichen Eindruck von den unterschiedlichen Bedingungen und vielfältigen Settings der Teams (Mobilität im ländlichen Raum, unterschiedliche Lebenswelten und Risikolagen der Jugendlichen etc.).

Reflexionstreffen

Auf drei Veranstaltungen wurde zum Abschluss des Projekts eine differenzierte und ertragreiche Auswertung und Ergebnissicherung des Projekts vorgenommen. Zunächst trafen sich *Transfer für Bildung (TfB) e.V.* / *Transferstelle politische Bildung* und die Projektpartnerschaften zu einer internen Auswertungsrunde („2 Jahre OPEN. Das Beste aus zwei Praxisfeldern – Erfahrungen und Erkenntnisse“). Die Ergebnisse dienten als Diskussionsgrundlage für zwei weitere Veranstaltungen. Daran nahmen zunächst Vertreter*innen von Fachverbänden der politischen (Jugend-)Bildung und aus der Wissenschaft teil. In einer weiteren Veranstaltung kamen Vertreter*innen von

Unterstützungsstrukturen und Zuwendungsgebern (Politik und Verwaltung) hinzu. An beiden Veranstaltungen nahmen auch die Projektpartnerschaften teil.

Bei den Veranstaltungen kamen fachliche und praktische Erfahrungen aus dem Projekt mit unterschiedlichen wissenschaftlichen, verbandlichen sowie bildungspolitischen Perspektiven und Verwaltungslogiken zusammen. Neben kundigem fachlichem Feedback waren vertiefte Schlussfolgerungen sowie anregende Impulse und Kritik Ergebnisse des sehr wertschätzenden, offenen Austausches. Gemeinsam wurden Schlussfolgerungen für die Praxis politischer Bildung in verschiedenen Feldern der Jugendarbeit und in Kooperationen gezogen. Diskutiert wurde unter anderem über förderliche(re) Rahmenbedingungen für eine kooperative Praxis politischer Jugendbildung/Demokratiebildung. Die Vielzahl der beteiligten Multiplikator*innen aus unterschiedlichen Bereichen trägt dazu bei, die Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Projekt sowohl in der Fachöffentlichkeit als auch auf politischer Ebene zu verbreiten.

Erfahrungen und Erkenntnisse

Politische Themen von Kindern und Jugendlichen erkennen und aufnehmen

In der Partnerschaft sollten gemeinsam Wege gefunden werden, das politische Interesse von Jugendlichen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, die vielfältige Benachteiligungen erfahren und häufig als „politikfern“ oder sogar „demokratiefeindlich“ gelten, zu ermitteln.

1) Hierfür wurden Verfahren der Beobachtung und Analyse gefunden. Unterstützt von Qualifizierungsmaßnahmen, die *Transfer für Bildung (TfB) e.V. / Transferstelle politische Bildung* organisierte, wurden, angelehnt an die GEBE-Methode, folgende Grundsätze und Schritte umgesetzt. Es ging darum:

... das alltägliche Verhalten der Jugendlichen (d.h. nicht nur das, was sie sagen, sondern auch was sie tun oder nicht tun) möglichst ohne Bewertung zu beobachten,

... die Beobachtungen zu notieren bzw. zu dokumentieren,

... sich mit Kolleg*innen (am besten von beiden Partnern) über mögliche Interpretationen auszutauschen, selbstkritisch auf (unbewusste) eigene Bewertungen und vorschnelle Interventionen zu achten,

... den Jugendlichen Resonanz zu geben auf das von den Fachkräften vermutete Thema oder Interesse,

... gemeinsam abgestimmt Maßnahmen zu probieren (das konnten ganz unterschiedliche Maßnahmen sein, z.B. die neue Nutzung eines Raumes, das Anbringen einer beschreibbaren Tafel, die Einladung zu einem Filmabend etc.),

... einen Kreislauf der Beobachtung, Dokumentation, Auswertung und Reflexion in der Einrichtung und zwischen den Partnern in die Routine einzubauen.

2) Unterstützt wurden die Fachkräfte durch sogenannte „Scouts“, Mitarbeiter*innen der Träger politischer Jugendbildung, z.B. jugendliche Peers oder Teamer*innen, die regelmäßig den Treff besuchten und sich an den Aktivitäten der Jugendlichen (Kicker, Gaming etc.) beteiligten. Die Scouts wurden den Besucher*innen so nach und nach bekannt, bauten ein Vertrauensverhältnis auf und wurden daher an Gesprächen und Aktivitäten der Jugendlichen beteiligt. Von Vorteil war nicht nur, dass sie altersmäßig nahe an den Jugendlichen waren, sondern auch, dass sie damit eine andere Rolle als die Fachkräfte im Treff einnahmen, die u.a. auch Kontrollfunktionen innehaben. Teamer*innen, die in der Folge auch inhaltliche Angebote machten, wurden von den Jugendlichen darüber hinaus dann als „kundige“ Ansprechpartner*innen in Fragen von Politik und Partizipation anerkannt. Die Scouts brachten ihre Beobachtungen und Vermutungen in die Partnerrunden ein und fungierten so als „Brückenpersonen“ zwischen den Fachkräften und den Jugendlichen.

„Das Vertrauen der Jugendlichen zu gewinnen, ist ein zentraler Punkt. S. war regelmäßig, meist an zwei Abenden in der Woche, im Treff. So wurde er zu einer Konstante für die Jugendlichen und ist in guten Kontakt mit ihnen gekommen; schrittweise sind sie miteinander „warm geworden“. Seine altersmäßige Nähe zu den Jugendlichen und eine Migrationsgeschichte, wie die meisten Besucher*innen sie haben, war sehr günstig für den Kontakt.“ (O-Ton einer Fachkraft)

Partizipation von Kindern und Jugendlichen in den Einrichtungen und Organisationen an den Angeboten ermöglichen

Den Jugendlichen wurde auf verschiedene Weise Möglichkeiten eröffnet, ihre politischen Themen einzubringen. Einige davon waren:

-- ein Schwarzes Brett, auf dem nach Wünschen der Jugendlichen gefragt wurde, die dort notiert werden konnten, und dann von den Fachkräften beraten wurden,

-- die Einrichtung eines Jugendgremiums (Vollversammlung, Jugendrats o.Ä.) bzw. die Erweiterung der Entscheidungsrechte des Jugendrats (in einem Fall wurde das Recht eingeräumt, über Personaleinstellungen mitzuentcheiden),

- die Ansiedlung der Räume des Kinder- und Jugendparlaments der Kommune im Offenen Treff, sodass die Möglichkeit des Zuhörens bzw. der Beteiligung für alle Besucher*innen bestand,
- allgemeine Gesprächsrunden mit den Besucher*innen, in denen diese ihre Kritik, Wünsche und Ideen einbringen und Umsetzungsschritte beraten konnten,
- die Auslobung von bis zu 1.000 Euro für die Planung und Präsentation von städtischen Gestaltungsideen von jungen Menschen. Die Jugendlichen präsentierten ihre Ideen im Rathaus vor Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung, von denen sich im Verlauf des Projektes einige als Mentor*innen für die Planung und Umsetzung der Projektideen engagierten und Einblicke in Verwaltungsstrukturen und politische Entscheidungsprozesse gaben. Am Ende des OPEN-Projekts hat die Kommune diese Idee aufgegriffen und verstetigt.

„Nachdem die Jugendlichen an der U18-Wahl in NRW 2022 teilgenommen hatten, wollten sie im Treff mehr mitbestimmen. Um das verbindlich zu implementieren, wählten die Jugendlichen, nach einem richtigen „Wahlkampf“, einen Beirat, der jetzt mitredet und mitbestimmt. Die jugendlichen Beirät*innen haben z.B. einen Zeitslot in den Teamsitzungen des Treffs, in dem sie über die Themen der Tagesordnung, zu der sie auch beitragen, mitdiskutieren und entscheiden. So haben sie z.B. eine Veränderung der Öffnungszeiten durchgesetzt. Ferner gibt es ein Budget, über das die Jugendlichen verfügen können und sie sind an Personalentscheidungen beteiligt. Es gibt richtig intensive und manchmal auch harte Diskussionen, aber immer auch gegenseitiges Zuhören und Kompromissbereitschaft. Sowohl der Beirat (mit den Wahlen) und das Containerprojekt werden nach dem Ende von OPEN von den Projektpartnern weiterhin gemeinsam begleitet.“ (O-Ton einer Fachkraft)

Bearbeitung politischer Themen

Aus den Beobachtungen des alltäglichen Verhaltens und Sprechens der Jugendlichen und den Resonanzen darauf wurden gemeinsam mit den jugendlichen Aktivitäten geplant und umgesetzt, um ausgewählte Themen weiter zu vertiefen und zu bearbeiten. Alltagsnahe und bedarfsgerechte Formen der Themenbearbeitung, und damit politische Bildungsgelegenheiten, wurden entwickelt und erprobt, die spontan oder auf Anfrage auf politische Anliegen der Jugendlichen erfolgten, d.h. anlassbezogen, möglichst zeitnah und partizipativ waren.

Solche Formen selbstbestimmter politischer Bildungsgelegenheiten konnten sein:

- Vertiefende Gespräche zu den Themen, in denen weiteres Interesse bzw. einzelne Aspekte der Themen erörtert wurden,
- Workshops oder andere Formate (Planspiele, Filme, Digital Games, Exkursionen, sogar Vorträge), in denen einem Thema nachgegangen wurde, z.B. durch gemeinsame Recherche nach mehr Wissen, durch gemeinsames Spielen oder Diskussionen,
- Projekte, in denen politische Anliegen der Jugendlichen umgesetzt wurden, z.B. das Aufstellen von Schränken für abgelaufene Lebensmittel, der Bau eines Hochbeetes, Gespräche und Verhandlungen mit der Stadtverwaltung über öffentliche Orte für Jugendliche in der Stadt oder die Aufstellung eines (selbstverwalteten) Spielecontainers.

„Ausgangspunkt war der Wunsch der Jugendlichen nach einem selbstverwalteten Spielecontainer im Außengelände des Treffs. Im Rahmen verschiedener Projektwochen/-tage haben die Jugendlichen in einer Zukunftswerkstatt zunächst ihre Vorstellungen von einem Container entwickelt und präzisiert, womit er bestückt werden sollte. In Rollenspielen haben sie dann erprobt, welche Geräte und Spiele für den Container sinnvoll wären (wie kann der Container barrierefrei und inklusiv für alle zu nutzen sein?). Über die (politischen) Entscheidungsprozesse von Bezirks- und Jugendamt bis zum Aufstellen des Containers wurden die Jugendlichen von den Fachkräften kontinuierlich informiert. Damit erhielten sie nicht nur Einblicke in Verwaltungsstrukturen, sondern auch in die Notwendigkeit von Absprachen und die Dauer politischer Entscheidungsprozesse. Der Spielecontainer wurde mit einer kleinen Feier, gemeinsam mit dem Bezirksbürgermeister und einem Vertreter des Jugendamtes, eingeweiht. Die nächsten Schritte waren dann die Aushandlungsprozesse über die Bestückung des Containers und dessen Selbstverwaltung. Die Jugendlichen wünschten flexible Öffnungszeiten auch außerhalb der Zeiten des Treffs sowie am Wochenende und in den Schulferien. Fragen zur Gestaltung der Ausleihe, nach Verantwortlichen und den Regeln, die sie einhalten müssen, wurden gemeinsam entwickelt und reflektiert.“ (O-Ton einer Fachkraft)

Bei der Umsetzung von Projekten/Ideen wurden immer möglichst alle Vorteile beider Träger berücksichtigt und gezielt genutzt, also sowohl die Komm-und-Geh-Struktur der Offenen Einrichtung als auch die Räumlichkeiten, technische Ausstattung oder Tagungs- und Übernachtungsmöglichkeiten der Einrichtungen politischer Jugendbildung.

„Für die meisten Kinder und Jugendliche war es das erste Mal, dass sie ihr Umfeld im Stadtteil verlassen haben. Schon dass für sie ein Bus zur Verfügung stand, hat die Kinder und Jugendlichen sehr beeindruckt. Das haben sie deutlich als persönliche Wertschätzung

wahrgenommen. Abseits des gewohnten Alltags, in einem völlig anderen Setting gab es viel Raum für neue Erfahrungen beim informellen Zusammensein im gemeinsam zu gestaltenden „Alltag“ (essen, spielen, chillen) sowie konzentrierte Beschäftigung. Wir haben festgestellt, dass die Kinder und Jugendlichen mit gestärktem Selbstvertrauen von ihrem Tagesausflug zurückgekehrt sind.“ (O-Ton einer Fachkraft aus der OKJA nach einem Ausflug in die Jugendbildungsstätte des Partners)

Insgesamt zeigten die vielfältigen Formen, die im Projekt OPEN gefunden und umgesetzt wurden, wie politische Bildungsgelegenheiten in unterschiedlichen Situationen geschaffen werden können, mit denen Kinder und Jugendliche, die bisher keine oder wenig Gelegenheiten dazu hatten, sich politisch bilden können. Jugendliche haben selbstständig Diskussionsrunden und Filmabende organisiert, sich mit Armut und Ausgrenzung beschäftigt, anhand der öffentlich zugänglichen Schränke mit abgelaufenen Lebensmitteln vor der Tür des Treffs Fragen von nachhaltiger Wirtschaft diskutiert, gegen die Ungleichbehandlung von syrischen und ukrainischen Flüchtlingen protestiert.

„Alltag im Offenen Treff ist, dass die Kids, wenn sie kommen, erst einmal müde und erschöpft sind. Nach der Schule wollen sie keine Angebote, nicht „betextet“ werden, sondern erst einmal ihre Ruhe haben. Und, ja, auch das ist Realität, viele sind hungrig. Wir haben Foodsharing-Schränke angeschafft und begonnen, zusammen zu kochen. Beim gemeinsamen Tun haben sich wie von selbst viele Themen ergeben, die besprochen und vertieft wurden: Warum gibt es Hunger? Viele Lebensmittel werden weggeworfen. Wie passt das zusammen? Was hat das mit Armut zu tun? Da in diesem Zusammenhang auch Fragen von Nachhaltigkeit, Konsumverhalten etc. aufkamen, haben wir mit einer weiteren Bildungsstätte einen Workshop zum Thema Wasser verabredet, was bei den Jugendlichen auf große Zustimmung traf. Die Jugendlichen haben auf dem Gelände des Treffs nach und nach Hochbeete für Gemüse geplant und angelegt und daneben Sitzgelegenheiten gestaltet. Ein Lehmbackofen ist in Planung.“ (O-Ton einer Fachkraft)

„Unsere Einrichtung besuchen viele geflüchtete syrische Jugendliche. Sie fühlten sich vor allem 2022 angesichts zahlreicher städtischer Begrüßungsaktivitäten und Soforthilfen für ukrainische Geflüchtete ungleich behandelt, empfanden sich als Geflüchtete „zweiter Klasse“. In den teils hitzigen Diskussionen wurde nicht nur das schon lange währende mangelnde Interesse an ihrer Situation beklagt, sondern auch ungeklärte, drängende Fragen und Hürden, bspw. hinsichtlich der Teilnahme an Sprachkursen oder Arbeitsmöglichkeiten, wurden thematisiert. Begleitet von einer Fachkraft aus dem Treff haben zwei junge syrische Erwachsene dem städtischen Integrationsrat ihre Lage und ihre Argumente zur Ungleichbehandlung unterschiedlicher Gruppen von Geflüchteten vorgetragen. Auch wenn sich die städtische Politik nicht unmittelbar in ihrem Sinne verändert hat, schätzten die jungen Syrer*innen ihren Erfolg nicht gering ein. Sie fanden es zum einen gut, dass sie gehört

wurden. Entscheidender und wirksamer war aber die Erfahrung, dass sie sich auf den Weg gemacht und „geübt“ hatten, ihre Interessen öffentlich zu vertreten. Dies würden sie nach eigener Aussage jederzeit wieder tun. Im Treff hat das Vielen imponiert.“ (O-Ton einer Fachkraft)

Die Erfahrung aus dem Projekt zeigt, wenn sich Jugendliche aus eigenem Interesse mit politischen Fragen beschäftigen, kann dies mehrere positive Folgen haben:

- Das Interesse der Jugendlichen führt zu einer Erweiterung der Themen, manchmal auf weitere Themenbereiche, manchmal zu einem größeren Blick auf den lokalen, nationalen oder globalen Kontext, manchmal zu einer vertieften, intensiveren Beschäftigung mit einem Thema.
- Die Verknüpfung von lebensweltlicher Erfahrung und deren Einordnung in politische Kontexte macht deutlich, dass Probleme nicht individuell und allein bewältigt werden müssen.
- Eigene Aktivitäten im Austausch mit anderen, auch anderen Erwachsenen, zu den eigenen Anliegen, fördern Selbstwirksamkeitserfahrungen. Dieser Zusammenhang ist erfahrungsgemäß recht niedrigschwellig, d.h. er ist bereits dann zu beobachten, wenn Jugendliche erfahren, dass ihre Meinung gehört und anerkannt wird, oder wenn ihnen Einmischung und Entscheidungen eingeräumt werden, die ihnen generell verwehrt schienen.
- Diese Erfahrungen (einschließlich der Aneignung von Wissen, der Erfahrung eigenen Handelns und der Reflexion der jeweiligen Zusammenhänge) korrigieren Gefühle von Inkompetenz und Insuffizienz bei den Jugendlichen.
- Dies wiederum konterkariert Gefühle von Hilflosigkeit und Machtlosigkeit.

Nicht zuletzt veränderte das grundlegende Anerkennungsverhältnis zwischen Jugendlichen und Erwachsenen deren Beziehung zueinander. Nicht selten waren die beteiligten Erwachsenen im OPEN-Projekt überrascht, welche Gedanken die Jugendlichen verfolgten, welche Tatkraft sie offenbarten, welche Ideen aufkamen und wie sie verfolgt wurden. Nicht zu unterschätzen ist daher auch der oftmals entspanntere Umgang und der Spaß, gemeinsam mit den Jugendlichen Themen zu entdecken und zu verfolgen (oder die Jugendlichen dabei zu beobachten).

Zu Beginn des OPEN-Projekts gab es unter den Fachkräften, trotz ihres Engagements, eine verbreitete Skepsis, ob sich die Jugendlichen neben ihren unmittelbar sichtbaren Interessen (Spielen, Chillen etc.) mit politischen Themen befassen würden. Die Praxis zeigte dann, dass

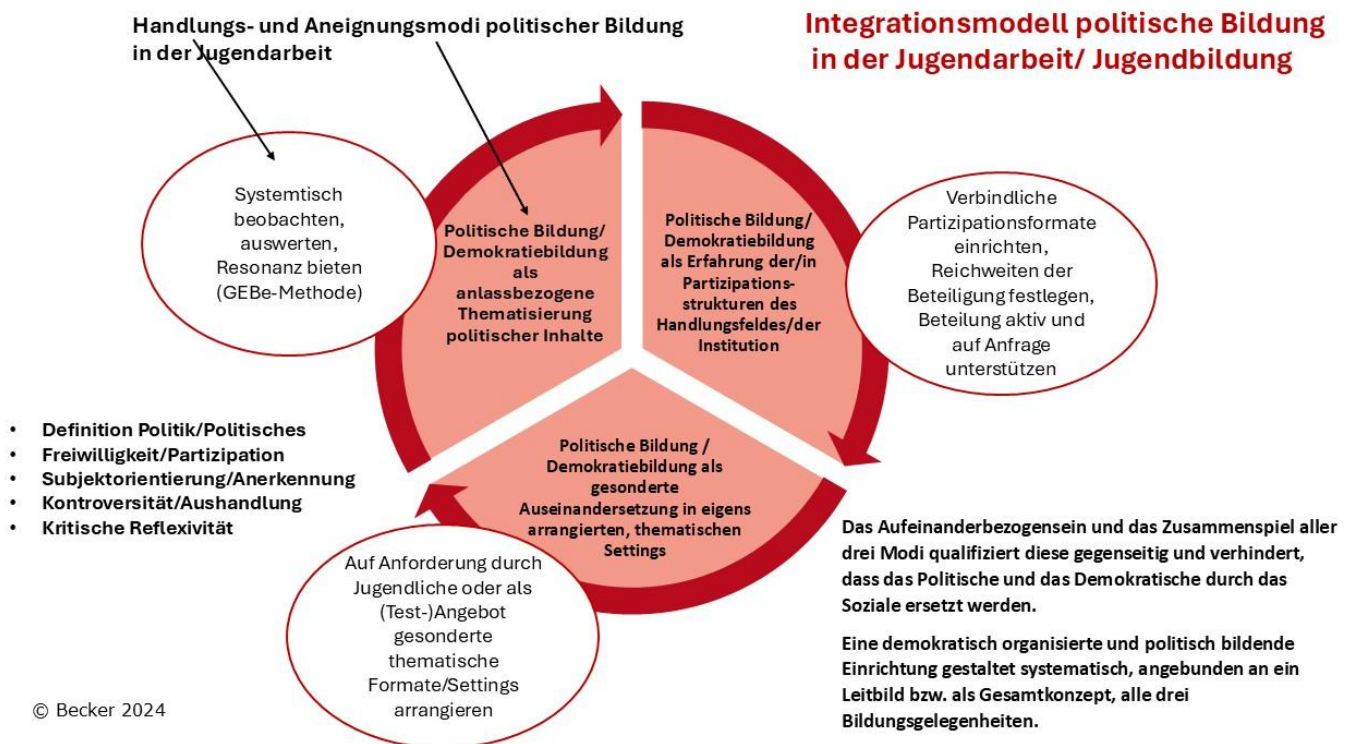
politische Interessen der Jugendlichen keineswegs immer versteckt sind, sondern oft „augenfällig“ werden, wenn man nur genau hinsieht: Wenn sich Jugendliche im Jugendrat des Jugendzentrums damit befassen, wie man die religiös motivierten Konflikte im Treff bearbeiten kann, und selbstständig entscheiden, eine Religionswissenschaftlerin zu einer Diskussion einzuladen, dann kann das als politische Partizipation gelten. Wenn das Buswartehäuschen der Jugendbildungsstätte, das einigen Jugendlichen als Raucherecke dient, mit Hakenkreuzen und Parolen gegen „Ausländer“ beschmiert worden ist, wird darüber geredet und gefragt: Was und wer ist hier gemeint und warum? Wer und welche politischen Positionen stecken dahinter? Was können wir dagegen tun? Als in Dortmund ein geflüchteter Jugendlicher von einem Polizisten erschossen wurde, war dies ein öffentliches Thema in der Stadt, im Stadtteil und auch unter den Jugendlichen im Treff, verbunden mit Themen wie Vertrauen in den Staat und die Polizei, Flucht und Asyl. Dabei blieb es jedoch nicht: So wurde die Polizei (ausgebildete Jugendbeauftragte) eingeladen, mit den Jugendlichen über ihre Erfahrungen mit der Polizei und das Geschehen in der Stadt zu diskutieren.

In all diesen Situationen sind politische Ansichten, Fragen, Sorgen und Ideen von Jugendlichen erkennbar. Sie boten Anlässe und Gelegenheiten für Demokratiebildung und politische Bildung.

Integrationsmodell für politische Bildung in der Jugendarbeit

Aufgrund der Praxiserfahrungen, der intensiven Debatten unter bzw. mit den OPEN-Beteiligten sowie den Diskussionen in Fachkreisen wurde im Rahmen des Projekts ein Modell entwickelt, in dem der partizipative Ansatz der Offenen Kinder und Jugendarbeit und der Bildungsansatz der politischen Jugendbildung miteinander kombiniert wurden. Leitend dabei war es, die Themen der Jugendlichen in den Mittelpunkt zu stellen, und damit auch den Ansatz zu verfolgen, die Themen der Jugendlichen im Alltag der Einrichtungen zu erkennen und aufzunehmen. Die Kombination der als „Handlungsmodi“ oder „Handlungslogik“ zu bezeichnenden Ansätze führte zu einer konzeptionellen Verbindung: Das beobachtete jugendliche Verhalten konnte daraufhin geprüft werden, ob damit Themen artikuliert werden, die für die Allgemeinheit in der Einrichtung relevant sind (und damit Themen für jugendliche Partizipation in der Einrichtung wären) oder um Themen, die für die Gesellschaft als Allgemeinheit relevant sind, und ob sie aus Sicht der Jugendlichen für diese so interessant erscheinen, dass sie sie vertieft bearbeiten möchten.

Das Modell stellt drei Handlungsmodi in den Mittelpunkt, mit denen Fachkräfte politische Bildungsprozesse bei Kindern und Jugendlichen unterstützen können. Für Kinder und Jugendliche selbst sind es Wahrnehmungs- und Aneignungsmodi in Selbstbildungsprozessen. Die drei Handlungsmodi greifen idealerweise ineinander. Das Aufeinanderbezogensein und das Zusammenspiel aller drei Modi qualifiziert diese gegenseitig und verhindert, dass das Politische und das Demokratische durch das Soziale ersetzt werden.



Modus 1: Politische Bildung/Demokratiebildung durch anlassbezogene Auseinandersetzung mit politischen Themen

Im Praxisalltag können Fachkräfte bemerken, dass Jugendliche Probleme und Fragen artikulieren oder durch ihr Verhalten manifestieren, die neben individuellen auch politische Bezüge haben. Ganz gleich, ob diese politischen Bezüge explizit gemacht werden oder abzuleiten sind: Solche Manifestationen sind als Angebote der Jugendlichen zu verstehen, ihre Themen öffentlich zu machen. Die Angebote bieten Anlässe für Resonanzen der Fachkräfte, z.B. in Form von Impulsen, Nachfragen, Verstärkung etc., mit denen (als quasi-experimentelles Handeln) erprobt werden kann, ob und was die Jugendlichen bewegt. Welche Resonanzen auf welches Verhalten oder Reden gegeben wird, sollte Ergebnis von systematischen Überlegungen und methodischen Routinen der Fachkräfte sein. Im OPEN-Projekt wurde dafür u.a. mit der sogenannten GEBE-Methode (Sturzenhecker, Glaw und

Schwerthelm 2015-2020) gearbeitet. Sie leitet an, wie pädagogische Fachkräfte solche politischen Momente erkennen und im Sinne einer politischen Bildung reagieren können.

Modus 2: Politische Bildung/Demokratiebildung durch demokratische Partizipationserfahrungen

Politische (Selbst-)Bildung braucht demokratische Settings. Wie beschrieben, werden durch eine demokratische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen demokratiebildende Erfahrungsmöglichkeiten eröffnet. Damit Jugendliche in demokratischen Prozessen bestimmen können, was gemeinsame Anliegen sind und wie sie geregelt werden sollen, sollte es in Einrichtungen und Organisationen ein öffentliches und öffentlich verhandelbares Regelwerk geben, das Handlungsprinzipien, Rechte sowie Verantwortlichkeiten oder Gremien und Verfahren, Informationswege etc. verlässlich festlegt. Dies gilt auch für Organisationen und Einrichtungen politischer Jugendbildung.

Die Themen, die in solchen partizipativen Strukturen verhandelt werden, betreffen allgemein verbindliche und (teil-)öffentlich relevante Regelungen in und zwischen Gruppierungen von Menschen (siehe BMFSFJ 2020: 8). Auch wenn diese Gruppe klein ist, können und sollten die Themen reflexiv an die Frage gebunden werden, inwiefern die zu verhandelnden Regelungen (und Entscheidungen) als allgemein und öffentlich relevant gelten können. Oft liegt eine öffentliche Relevanz schon deshalb nahe, weil Anliegen den Geltungsraum einer Gruppe oder der Einrichtung ohnehin überschreiten.

Beschaffungsvorgänge, die Nutzung öffentlicher Gebäude oder die Gestaltung eines Geländes können alle Nutzer*innen eines Hauses und die Nachbarschaft betreffen oder in kommunale Zuständigkeiten fallen. Themen wie Diskriminierung, Flucht, Krieg, Nachhaltigkeit etc. haben lokale, nationale und globale Reichweiten.

Modus 3: Politische Bildung/Demokratiebildung durch gesonderte Auseinandersetzung in eigens arrangierten thematischen Settings

Manche politischen Themen erfordern eine intensivere Bearbeitung. Lebensweltliche und anlassbezogene Themen (Modus 1) können eine Komplexität aufweisen, die eine Vertiefung mit dafür relevantem Wissen oder eine aktive politische Bearbeitung nahelegen.

Demokratische Mitentscheidung (Modus 2) verlangt fast immer eine gemeinsame Klärung der Sachfragen, für die eine vertiefte Wissenserschließung und -aneignung notwendig ist, und die ggf. gemeinsame Aktivitäten nach sich zieht. Der thematische Übergang von binnendemokratischen Prozessen zur Politik in der Kommune, in Deutschland, Europa und der Welt ist oft kurz und macht Informiertheit über politische Inhalte und Zusammenhänge,

Strukturen, Kulturen und Entscheidungswege nötig. Diese gesonderte Auseinandersetzung mit eigenen Themen kann mittels spezieller Formate, (Um-)Gestaltungsaktivitäten, Workshops, Exkursionen, Gesprächsrunden, Projekte, Medienangebote etc.), Methoden und Inszenierungen erfolgen.

Integration heißt: Zusammenspiel aller drei Modi

In der Praxis stehen die Modi in einem Zusammenhang, der Verbindungen zwischen der lebensweltlichen Relevanz der Themen für die Jugendlichen und ihrer allgemeinspolitischen Bedeutung schafft. Es gibt also praktisch Überschneidungen, Mischformen, Gleichzeitigkeiten und vor allem Übergänge zwischen den Handlungs- und Selbstbildungsmodi.

So kann ein Streit am Kicker über die Vergabe der Fußballweltmeisterschaft an Katar – je nach Interesse der Jugendlichen – Anlass sein, über die politischen und sozialen Verhältnisse dort zu sprechen, um unterschiedliche Perspektiven auf das Thema kennenzulernen; er kann ein Fall für den Jugendrat werden, wenn es darum geht zu regeln, wie man mit konflikthafter Auseinandersetzung untereinander umgeht; er kann Anlass für einen Workshop zum Thema Menschenrechte werden, um sich besser eine Meinung zu den Zuständen in Katar bilden zu können, oder als Transfer des Themas zu einer politischen Aktion gegen Dumpinglöhne von geflüchteten Menschen vor Ort führen.

Die Vielfalt und das Ineinandergreifen weiterführenden Handelns und Reflektierens ist der Kern politischer Bildungsprozesse: Denn mit einer bloß anlassbezogenen Thematisierung, der isolierten Erfüllung von Partizipationserfahrungen oder der Durchführung gesonderter Formate allein steigt die Gefahr, die politische und/oder die lebensweltliche Dimension des Themas zu ignorieren, also z.B. nur den individuellen Streit oder das mit einem Angebot gesetzte Thema in den Mittelpunkt zu stellen. Die Kategorien für Handlungs- bzw. Selbstbildungsmodi sind daher aufeinander angewiesen und stellen ein Integrationsmodell für eine jugendpädagogisch ausgerichtete, politisch bildende Organisation oder Einrichtung dar, die systematisch alle drei Arten von Bildungsgelegenheiten bietet.

Das Integrationsmodell wurde, mit Bezug auf die Erfahrungen in OPEN, bis heute auf etlichen Veranstaltungen vorgestellt und diskutiert. Ein Artikel zum Integrationsmodell

erschien außerdem in der Broschüre zum Projekt sowie in der Zeitschrift „deutsche jugend“ (7-8/2024).

Professionelles Know-how

OPEN hat gezeigt, dass – entgegen üblicher Annahmen in der Fachszene – Fachlichkeit nicht einseitig verteilt ist. Die „klassische“ Dualität – Fachkräfte aus der politischen Jugendbildung sind Expert*innen für politische Bildung, können partizipative Ansätze in ihren Einrichtungen aber kaum umsetzen, vs. Fachkräfte in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit leisten Beziehungsarbeit, halten aber politische Bildung, im Hinblick auf eigenes Know-how oder einer (vermuteten) Politikferne der Besucher*innen, für schwierig – ließ sich in den Projektpartnerschaften von OPEN nur bedingt feststellen.

Im Hinblick auf die Bearbeitung „großer“ politischer Themen der Jugendlichen, also solcher Themen, die sich im Nahraum nicht beeinflussen oder lösen lassen und die deshalb meist nicht explizit artikuliert und erkannt werden, gab es Qualifizierungsbedarf, den die Fachkräfte selbst formuliert haben, beispielsweise zum Thema politische Informiertheit (vgl. Thimmel 2022). *Transfer für Bildung (TfB) e.V. / Transferstelle politische Bildung* begegnete dem mit Angeboten von Expert*innen in thematischen Input-/Gesprächsrunden.

Denk- und Handlungsweisen waren nicht bereichsspezifisch, sondern -übergreifend zu verorten. Klare, praktische Hinweise darauf gab es in den Arbeitstreffen der Projektpartnerschaften. So ordneten die Fachkräfte, im Anschluss an ein Referat von Helle Becker zu den drei pädagogischen Handlungsmodi politischer Bildung in der Jugendarbeit/Jugendbildung, Beispiele aus ihrer Arbeit den Handlungsmodi zu. Die Zuordnungen wurden unterschiedslos und ohne zu zögern von allen Partnern vorgenommen. Dies zeigte zudem, dass durch das Integrationsmodell die verschiedenen Formen und Möglichkeiten von politischer Bildung in Feldern der Kinder- und Jugendarbeit, inklusive politischer Jugendbildung, sichtbar gemacht und reflektiert werden können. Es macht eine differenzierte und zugleich feldübergreifende Betrachtungsweise möglich, die die Grenzen der Praxisfeldlogiken erweitert und ein Konzept bietet, mit dem Kooperationen qualitativ geplant und durchgeführt werden können.

Als weitere geeignete, analytisch vertiefende Unterstützung versteht *Transfer für Bildung (TfB) e.V. / Transferstelle politische Bildung* das Modell von Moritz Schwerthelm zu „Hybriden Funktionen/Handlungsrollen in der Jugendarbeit“ (vgl. Schwerthelm 2021). Die

Reflexion der Hauptfunktionen/Handlungsrollen in der Jugendarbeit (Selbstorganisation, Bildung, Hilfe und Kontrolle) bietet beispielsweise ebenfalls eine Analysegrundlage zum Ausloten und Verständigen über potenzielle praxisfeldübergreifende Kooperationen. Auch dieses Modell wurde den Fachkräften in den Qualifizierungsveranstaltungen vorgestellt.

Gestaltung der Kooperationen

Alle Projektpartnerschaften planten und arbeiteten partnerschaftlich und gleichberechtigt zusammen. Sehr stark dazu beigetragen haben dürfte, dass die Konzeption von OPEN ausdrücklich Spielräume, d.h. Zeit zum Kennenlernen und fachlichen Austausch, bspw. über die Vorstellungen von politischer Bildung und Demokratiebildung, vorgesehen hatte. Arbeitsgrundlagen, aber auch (Vor-)Urteile über die Arbeit des/der anderen, konnten ebenfalls besprochen werden. Naheliegend ist die Schlussfolgerung, dass es sich bei einer solchen Findungsphase zu Beginn um eine gute Investition in die Qualität und Stabilität von Kooperationen handelt, die etabliert und finanziell abgesichert werden sollte.

Von Beginn an war die Bereitschaft bei allen Beteiligten hoch, typische Vorurteile und eingefahrene Routinen zu thematisieren, zu prüfen und wenn möglich zu überschreiten. Austausch, kollegiale Beratung und Anfragen an *Transfer für Bildung e.V. (TfB)* / *Transferstelle politische Bildung* bei den Arbeitstreffen und in den thematischen Input-/Gesprächsrunden haben dies eindrücklich gezeigt.

„Es war toll, dass unsere Kooperationspartner*innen aus der politischen Jugendbildung viel Wissen und Erfahrung im Prozess- und Zeitmanagement eingebracht haben, sodass unsere Zusammenarbeit effizient geklappt hat. Wir vom Offenen Treff konnten unsere Wahrnehmung hinsichtlich der Wünsche und Bedarfe der Jugendlichen einbringen, sodass wir zügig mit den Jugendlichen über ihre Anliegen in Kontakt gekommen sind.“ (O-Ton einer Fachkraft aus einem Offenen Treff)

Einhellig wurde der Wunsch nach einer Fortsetzung der Kooperationen geäußert. Die Einschätzungen, wie wahrscheinlich dies möglich sein wird, waren sehr unterschiedlich. Einige Partnerschaften sehen Chancen, wie dies auch ohne die Ressourcen, die das Projekt OPEN bereitstellte, eventuell zu bewerkstelligen wäre, etwa durch das Einwerben weiterer Finanzmittel. Andere sahen aufgrund ihrer personellen und finanziellen Ausstattung keine Möglichkeiten, die Kooperationen über das Projektende hinaus fortzusetzen.

„Die Ergebnisse und Erfolge unserer gemeinsamen Arbeit, die Beteiligung der Jugendlichen, ihren Einsatz für ihre Belange und Interessen zu sehen, machen Mut und haben viel Energie gegeben. Wir wollen unsere Kooperation flexibel und kreativ fortsetzen und sind deshalb auch optimistisch, die notwendigen Mittel dafür zu akquirieren.“ (O-Ton einer Fachkraft)

Den positiven Erfahrungen aus dem besonderen Projektkontext OPEN steht entgegen, dass die regulären Bedingungen für die Zusammenarbeit von Trägern aus unterschiedlichen Feldern der Jugendarbeit bislang stark herausfordernd sind, vor allem wegen ihrer Zuordnung und Abhängigkeit von unterschiedlichen Förderstrukturen und -regeln (Regelungen vs. bedarfsorientierte, flexible Planungen; Kombination unterschiedlicher Fördermittel in der Regel nicht möglich).

Klar erkennbar ist, dass flexiblere, ausreichende finanzielle Ausstattungen und Zeitrahmen dringend erforderlich sind, um professionelle, adressat*innengerechte Jugendarbeit aufrechtzuerhalten – regulär und erst recht im Falle möglicher Ereignisse wie „höhere Gewalt“, wie die Pandemie gelehrt hat, die vor allem für Kinder und Jugendliche von erheblicher Tragweite und sehr folgenreich sind. Die Erfahrungen im Projekt weisen darauf hin, dass aufgrund der höchst unterschiedlichen organisatorischen, personellen und strukturellen Bedingungen der Partnereinrichtungen auch weiterhin in Kooperationen „bürokratische“ und andere Herausforderungen zu meistern sein werden.

„Es ist wichtig, dass Kinder und Jugendliche ihre Beteiligungsideen zeitnah umsetzen können. Wenn zu lange Zeiträume zwischen Wunsch, Idee und Umsetzung liegen, wenn Anfang und Ende eines Prozesses für die jungen Akter*innen nicht mehr überschaubar sind, dann werden sie wahrscheinlich kein zweites Mal mitmachen. Im Projekt OPEN konnten wir Mittel direkt einsetzen – keine bürokratischen Hürden, keine zähen Verwaltungsprozesse!“ (O-Ton einer Fachkraft aus einer Jugendbildungsstätte)

„Zusätzliche Projektmittel bieten die Chance, neue Prozesse in Gang zu setzen und Ideen auszuprobieren. Der Förderlogik fehlt aber in der Regel der Nachhaltigkeitsaspekt. Wir haben im Verlauf des OPEN-Projekts durch Beteiligungsprozesse neue Angebote und Strukturen entwickelt. Aufgrund der finanziellen Möglichkeiten des Partners aus der politischen Bildung können wir diese auch nach dem Projektende, wenn auch in eingeschränktem Maße, aufrechterhalten. Diese Erfahrung ist allerdings eine Ausnahme. Ohne zusätzliche Mittel bestehen Innovationen meist nicht dauerhaft fort. Dies bedeutet große Enttäuschung für Fachkräfte und Jugendliche. Aus Verantwortungsbewusstsein muss

man deshalb eigentlich im Vorhinein schon bedenken, ob man sich auf ein befristetes Modellprojekt überhaupt einlassen sollte bzw. wie es so gestaltet werden kann, dass nach dem Ende etwas weitergeführt werden kann und die Arbeit letztendlich nicht umsonst war.“ (O-Ton einer Fachkraft aus einem Offenen Treff)

In diesem Zusammenhang sei auch auf die unterschiedliche Infrastruktur/Mobilität im ländlichen und städtischen Raum verwiesen. In einigen Partnerschaften hatten die Teams für ihre Zusammenkünfte, ebenso wie viele der beteiligten Jugendlichen, erhebliche Distanzen zu überwinden, was sich im Projekt individuell lösen ließ, aber einer Verstetigung der Kooperation im Wege steht. Dies gilt auch für die unterschiedlichen Arbeitszeiten der Fachkräfte („Rufe nie vor 15 Uhr im Treff an“; „Gemeinsame Meetings nach 17 Uhr sind schwierig“).

„Aufgrund unserer abgelegenen Lage im ländlichen Raum und der Distanz zwischen unseren Einrichtungen haben wir sehr früh entschieden, in Camps (Freizeiten und Wochenenden) miteinander zu arbeiten. So konnten Zeitaufwand und Fahrtkosten deutlich minimiert werden. Dennoch wird dies ohne ‚frei verfügbare‘ Mittel schwer fortzusetzen sein.“ (O-Ton einer Fachkraft aus einem Offenen Treff)

Unterstützung durch *Transfer für Bildung (TfB) e.V.* / *Transferstelle politische Bildung*

Qualifizierung und Beratung

Die Partnerschaften wurden während der Projektlaufzeit von *Transfer für Bildung e.V. (TfB)* / *Transferstelle politische Bildung* in ihrer Zusammenarbeit unterstützt und beraten. Dazu zählten vor allem Aufgaben, die mit dem Transfer (im Sinne von Übersetzung, Moderation) von unterschiedlichen fachlichen Vorstellungen (unterschiedliches Verständnis bei gleichem Sprachgebrauch, Narrative/Vorurteile etc.), strukturellen Herausforderungen (Arbeitsbedingungen, finanzielle oder politische Anforderungen etc.) sowie wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Praxis verbunden sind.

Darüber hinaus wurde ein konzeptionelles (Integrations-)Modell erarbeitet, mit dem auch in Zukunft in den Praxisfeldern oder in Kooperation der Praxisfelder gearbeitet werden kann.

Es wurden Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt, z.B. zu theoretischen Grundlagen politischer Bildung, zur GEBE-Methode und anhand des Integrationsmodells. Austausch und kollegiale Beratung wurden organisiert.

Austausch und Verbreitung

Durch Einbeziehung zahlreicher, unterschiedlicher Akteur*innen kam das Projekt OPEN – im Projektverlauf und darüber hinaus – einer Empfehlung der Sachverständigenkommission zum 16. KJB nach, die fordert „Vernetzung als ein handlungsleitendes Prinzip für die Aktivitäten der im Bericht genannten Akteure (...) zu berücksichtigen, denn ein institutionelles Einzelkämpfertum wird nicht ausreichen, um die politische Bildung an den verschiedenen Stellen für bestehende und kommende Herausforderungen fit zu machen“ (BMFSFJ 2020: 547).

Durch einen regen fachlichen Austausch auf Veranstaltungen und in Gremien der Fachverbände von OKJA und politischer Bildung wurden Erkenntnisse verbreitet und diskutiert. Weitere Unterstützer*innen, für Austausch und Fachdiskussion und um die Nutzung der Erkenntnisse des „Forschungsprojekts zu neuen kooperativen Formen politischer Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit“ zu verbreiten, wurden im Rahmen zahlreicher Begegnungen, auch informeller Art, und auf Veranstaltungen informiert.

Zu dem Kreis gehörten einflussreiche Multiplikator*innen und Entscheidungsträger*innen auf Länder- und auf Bundesebene, u.a. die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (AKSB), Arbeitsgemeinschaft Offene Türen Nordrhein-Westfalen e.V. (AGOT-NRW), Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB), Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (BAG OKJE), Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben e.V., Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Deutscher Volkshochschul-Verband (DVV), Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et), Gemeinsame Initiative der Träger Politischer Jugendbildung (GEMINI), Kooperationsverbund Offene Kinder- und Jugendarbeit (KV OKJA), Landesjugendring NRW (LJR NRW), Landesverband der Volkshochschulen von NRW e.V., LVR-Landesjugendamt Rheinland, LWL-Landesjugendamt Westfalen, Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration (MKJFGFI) des Landes Nordrhein-Westfalen.

Einige dieser Vertreter*innen aus Verbänden und Verwaltung aus NRW und der Bundesebene sind auch Mitglieder im Beirat des „Forschungsprojekts zu neuen kooperativen Formen politischer Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit“ (<https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/feldanalyse-kja>), dem das Projekt OPEN als Forschungsfeld dient. Sie wurden zusammen mit den Forschungsergebnissen auch kontinuierlich von den Erfahrungen im OPEN-Projekt unterrichtet und gaben ihre Einschätzungen dazu.

Über das Projekt wurde auch der Beirat der *Fachstelle politische Bildung – Transversalen / TfB e.V.* (<https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/fachstelle-politische-bildung>) regelmäßig informiert, der das Projekt mit fachlichen Impulsen unterstützt und im jeweiligen Umfeld der Mitglieder bekannt gemacht hat. Im Beirat sind unter anderem das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb vertreten. Die Mitglieder reflektierten Verlauf und Ergebnisse des Projekts, gaben Anregungen und können Erkenntnisse für andere Träger verbreiten. Sie sind auch in der Lage, etwaige Unterstützung (z.B. Fördermittel), Veränderungen von Bedingungen oder Fortbildungen anzuregen oder umzusetzen.

Erkenntnisse aus dem OPEN-Projekt wurden zudem in Seminare mit Studierenden der Sozialen Arbeit der TH Köln (Seminare „Politische Bildung in der Jugendarbeit“, Dr.in Helle Becker und Prof. Andreas Thimmel, Forschungsschwerpunkt nonformale Bildung) eingebracht. Die Studierenden werden in dem Studiengang zwar u.a. auf eine Tätigkeit in der Jugendarbeit vorbereitet (teilweise sind sie dort schon tätig), jedoch bisher nicht auf politische Bildung in der Jugendarbeit. Das Seminarangebot von Dr.in Becker und Prof. Thimmel, das es seit dem Sommersemester 2019 gibt, ist bundesweit einmalig.

Erreichte Projektziele

Das Projekt OPEN hat das übergeordnete Ziel erreicht, im Rahmen praxisfeldübergreifender Projektpartnerschaften, neue Ansätze politischer Bildung für (sozial- und bildungs-) benachteiligte Jugendliche zu entwickeln und umzusetzen. Die dafür notwendigen Voraussetzungen, Grundlagen und Gelingensbedingungen lagen auf unterschiedlichen Ebenen.

Die Jugendlichen

-- Es ist gelungen, im Projekt OPEN gemeinsam alltagsnahe und bedarfsgerechte Formen der politischen Bildung zu entwickeln und zu erproben, die auf politische Anliegen der Jugendlichen zeitnah antworten: anlassbezogen, partizipativ und bei Bedarf mit speziellen, gesonderten Angeboten.

Dafür konnten die unterschiedlichen Potenziale der Projektpartner in gemeinsamer Anstrengung bestmöglich partnerschaftlich, gleichberechtigt und sich ergänzend verbunden werden. Träger der Offenen Jugendarbeit und der politischen Jugendbildung boten gemeinsam ein geeignetes – freiwilliges und lebensweltnahes – Setting, um die politischen Themen der Jugendlichen aufzunehmen, gemeinsam zu bearbeiten, zu reflektieren sowie Meinungs- und Urteilsfindung und Handlungsoptionen zu unterstützen.

-- Die vielen unterschiedlichen Formen politischer Bildung und Demokratiebildung, die über drei Jahre hinweg im OPEN-Projekt verwirklicht wurden, zeigen, dass und wie politische Bildung für sogenannte benachteiligte Jugendliche aussehen kann. Dabei ist wichtig, dass diese Formen den jeweiligen Interessen der Jugendlichen und den Inhalten der politischen Themen angepasst und bedarfsgerecht verändert werden können.

-- Mit dem Ansatz, die politischen Themen der Jugendlichen aufzugreifen, sie erfahrbar und reflektierbar zu machen, wurden auch Jugendliche erreicht, die bisher keine oder kaum politische Bildungsgelegenheiten hatten. Es wurden Jugendliche erreicht, beteiligt und aktiviert, die als „politikfern“ gelten und die ein defizitäres Selbstbild von ihrem Politikinteresse und ihrer „Politikfähigkeit“ hatten.

-- Die Zusammenarbeit in den Projektpartnerschaften hat dazu beigetragen, die lebensweltlichen Themen der Jugendliche erkennen und aufnehmen zu können. Das wechselseitig eingesetzte Know-how führte damit zu einem Mehrwert für die Jugendlichen. Für die Fachkräfte führte sie zu gegenseitiger Unterstützung und Qualifizierung.

-- Es wurden Formen einer praxisfeldübergreifenden Arbeit gefunden, die die jeweiligen Stärken nutzte und Schwächen ausglich sowie Synergien brachte (z.B. gemeinsame, arbeitsteilige Projektformen, Scout-Systeme oder Kombinationen von Räumlichkeiten, Personal, aber auch Kontakten, Netzwerken etc.).

-- Das OPEN-Projekt hat gezeigt, dass und wie Fachkräfte, die bisher ganz andere Formen politischer Bildung kannten und umgesetzt haben, sowie solche, die dies noch nie gemacht hatten, gemeinsam neue Formen politischer Bildung finden können.

-- Das Projekt OPEN hat vor allem den beteiligten Jugendlichen neue und bisher nicht vorhandene Bildungsgelegenheiten geschaffen.

Die Jugendlichen haben

- sich für eigene Themen und Projekte engagiert,
- selbstständig Projekte umgesetzt,
- Themen über eine längere Zeit in unterschiedlicher Art und Weise verfolgt,
- sich eigenständig Wissen angeeignet,
- Anerkennung und Wertschätzung erfahren,
- Gruppenzugehörigkeit erfahren,
- Selbstwirksamkeitserfahrungen gemacht und Selbstvertrauen entwickelt.

Sie haben

- erkannt, dass sie sich (von sich aus) mit Themen beschäftigen, die mit Politik zu tun haben (und nicht nur individuelle Probleme sind),
- dass sie in der Lage sind, sich mit Politik auseinanderzusetzen,
- politische Themen verfolgt und sich vertieft damit beschäftigt,
- unterschiedliche Perspektiven, Meinungen und Positionen kennengelernt und verglichen,
- gelernt sich zu informieren, mit anderen zu diskutieren und etwas auszuhandeln,
- sich eigene Meinungen gebildet und Handlungsoptionen entwickelt,
- sich politisch engagiert.

Fachkräfte und Strukturen

OPEN hat jedoch auch gezeigt, dass diese Erfolge voraussetzungsvoll sind. Neben strukturellen, finanziellen und organisationalen Bedingungen bzw. Notwendigkeiten ihrer Veränderung (siehe nachfolgend „Erkenntnisse zu den gegenwärtigen organisationalen und finanziellen Bedingungen“) müssen für eine Etablierung des Ansatzes fachliche Voraussetzungen organisiert werden.

So war immer wieder festzustellen, dass Fachkräften der Perspektivwechsel schwerfiel: weg vom üblichen „adulten“, häufig auch tendenziell defizitären, Blick auf die Jugendlichen (der danach fragt, was Jugendliche wissen sollen, können sollten etc.), hin zu einer wertschätzenden Beobachtung, die das Verhalten und Handeln der Jugendlichen als Angebot deutet, Selbstbildungsprozesse zu initiieren. Fachkräfte brauchen daher Fortbildung und Unterstützung, um diesen Ansatz zu erlernen und zu üben.

Auch Kooperation will gelernt sein. Der Ansatz verlangt die Bereitschaft, die unterschiedlichen fachlichen Sichtweisen und organisationalen Bedingungen anzuerkennen und damit umzugehen sowie Stärken und Schwächen dieser Bedingungen in der Zusammenarbeit zu kompensieren.

Der Weg dahin benötigt die Unterstützung von Leitungen, die anerkennen, dass Flexibilität, Kreativität und Experimentierfreude verlangt sind, und Irrtümer und Irrwege passieren dürfen.

Praktisches Ziel von Einrichtungen und Organisationen sollte es sein, Formate, Organe oder Verfahren zu etablieren, mit denen junge Menschen den Alltag selbstbestimmt mitgestalten können (z.B. Jugendrat, Jugendversammlung o.Ä.). Partizipationsformen und -verfahren beruhen auf verfassten Rechten („Verfassung“).

Organisationen und Einrichtungen der Jugendarbeit sollten die in OPEN angewandten Grundsätze programmatisch verankern, z.B. in Leitbild, Geschäftsordnung, Hausordnung o.Ä. Diese betreffen den pädagogischen Umgang mit den Jugendlichen, die Anerkennung politischer Bildung als Querschnittsaufgabe für alle, demokratische Werte, nach denen alle in der Einrichtung handeln, und die Anerkennung gemeinsamer Werte wie Diversität und Menschenrechte. Sie sollten sich einen Kodex geben, dass und wie sie Jugendliche, die

politisch aktiv werden, anwaltschaftlich unterstützen. Dies gilt vor allem dann, wenn jugendliches Engagement zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen und Angriffe wird: „Politische Bildung fördert die Parteinahme und die Widerständigkeit gegen jede Form antidemokratischer Positionierungen und Entwicklungen“ (BMFSFJ 2020, S. 71)“ Mit entsprechenden Absprachen können Einrichtungen Fachkräften und jungen Menschen den Rücken stärken, wenn es darum geht, einer vermeintlich geforderten politischen „Neutralität“ zu folgen.

Kooperationen

-- Eine Zusammenarbeit von Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit und von Bildungsstätten war gewinnbringend für alle Beteiligten. Die Fachkräfte der Offenen Jugendarbeit profitierten von der Expertise und der langjährigen Erfahrung der Fachkräfte aus der politischen Bildung. Die wiederum konnten durch die Kooperation Jugendliche erreichen, zu denen sie häufig keinen Zugang haben. Allerdings konnte im Projekt das Vorurteil widerlegt werden, dass Fachlichkeit einseitig verteilt sei.

-- Für tragfähige Kooperationsbeziehungen der Träger sind Kenntnisse der jeweiligen Arbeitsbedingungen und fachlichen Ansätze, der Organisations- und Kommunikationsstrukturen unabdingbar. Im Projekt OPEN wurden diese zum Teil von den Einrichtungen politischen Jugendbildung schon bei der Suche nach geeigneten Partnereinrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit ausgelotet.

-- *Transfer für Bildung e.V. (TfB) / Transferstelle politische Bildung* hat die Projektteams zu Beginn aufgefordert und immer wieder ermutigt, fachliche Hintergründe, Überzeugungen und Arbeitsweisen gegenseitig kennenzulernen und sich über (optimistische) Erwartungen, aber auch Grenzen einer Zusammenarbeit ehrlich auszutauschen und abzustimmen. Bei den Arbeitstreffen sah *TfB e.V.* aus diesem Grund stets viel Zeit und Raum für kollegialen Austausch vor und bot Unterstützung und Beratung bei diesen und anderen (auch informellen) Treffen und Gelegenheiten an.

-- Darüber hinaus nahm *TfB e.V.* Übersetzungs- und Moderationsaufgaben wahr, z.B. von fachlichen Vorstellungen (unterschiedliches Verständnis bei gleichem Sprachgebrauch, Narrative/Vorurteile etc.), bei strukturellen Herausforderungen (Arbeitsbedingungen, finanzielle oder politische Anforderungen etc.) sowie zur Bedeutung und zum Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis.

-- *Transfer für Bildung e.V.* hat die Partnerschaften zwischen der Offenen Jugendarbeit und der politischen Jugendbildung in NRW im Projekt OPEN begleitet und beraten, ihre Erfahrungen ausgewertet und dokumentiert. Durch die Dokumentation und die Auswertung der Bedingungen für eine gelingende feldübergreifende Zusammenarbeit, einschließlich der Handreichung zum Projektende, ist eine Vorlage entstanden, die weitere Einrichtungen, Bildungsstätten und Kommunen ermutigen kann, ebenfalls nachhaltige, dauerhafte Kooperationen einzugehen.

Gegenwärtige organisationale und finanziellen Bedingungen

-- Fördermittel sind in der Regel an Regularien und Bedingungen gebunden, die z.B. eine bedarfsorientierte, spontane Konzeption politischer Bildungsgelegenheiten erschweren bzw. verunmöglichen. So sind häufig Themen, Zielgruppen/Teilnehmende, Anzahl der Teilnehmenden, Formate, Methoden, oft auch Orte, festgelegt. Partizipative, offene Arbeitsformen, mit denen flexibel und zeitnah auf Themen und Bedarfe der Jugendlichen reagiert werden kann, sind dabei nicht vorgesehen. Solche Fördermittel können für die Formen politischer Bildung, die in OPEN erprobt wurden, nur bedingt eingesetzt werden. Schon im Verlauf des OPEN-Projekts wurde daher angeregt, Förderbedingungen zu schaffen, die offene, partizipative, bedarfsorientierte und flexible Formen politischer Bildung ermöglichen.

-- Weitere organisationale und finanzielle Bedingungen verlangen indirekt Planbarkeit und eine bestimmte Organisation der Arbeit. So werden die klassischen Features von Bildungshäusern bisher nicht für das Vorhalten der Infrastruktur finanziert, sondern für deren Nutzung. Bildungsstätten sind darauf angewiesen, „buchbare“ Angebote zu machen, mit denen sie sicherstellen können, dass (finanziell) ausreichend viele Maßnahmen stattfinden. Hinzu kommen Faktoren wie eine bestimmte Anzahl von Bettenbelegungen oder die Auslastung von Räumen und Technik. Dies alles begünstigt eine möglichst strikte Vorausplanung und bietet wenig Spielräume für alternative Formate, die kürzer, regelmäßiger, spontaner und offen sind oder jenseits abgrenzbarer Angebote („Maßnahmen“) existieren, wie z.B. ein Jugendrat. Demgegenüber werden offene Einrichtungen der Jugendarbeit in der Regel institutionell gefördert, (weitgehend) unabhängig davon, wie viele Besucher*innen kommen oder die Angebote wahrnehmen. Eine finanzielle Absicherung, die weitgehend unabhängig von wirtschaftlichen Aspekten (wie Vermietung und Bettenbelegung) ist, sollte auch für Bildungsstätten erwogen werden. Beide Trägergruppen (einschließlich Organisationen ohne Haus) benötigen für eine qualitätsvolle

politische Bildung, wie sie in OPEN erprobt wurde, mehr zeitliche und personelle Ressourcen. Politische Bildung, so eine vielfache Forderung von Fachkräften und Multiplikator*innen, sollte dabei zur Regelarbeit der Einrichtungen der OKJA gehören, und nicht ein „Add-On“ oder eine zusätzliche Belastung sein.

-- Das Konzept, politische Bildungsgelegenheiten zu den politischen Themen der Jugendlichen zu konzipieren und umzusetzen, braucht Ressourcen. Träger der politischen Jugendbildung, ebenso wie Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit, benötigen Personal, das nicht nur ausreichend Zeit hat, auf die Bedürfnisse der Jugendlichen einzugehen, sondern auch, das eigene Handeln zu planen und zu reflektieren. So lange Fachkräfte mit ihren Aufgaben so ausgelastet sind, dass z.B. ruhiges Beobachten oder spontanes Eingehen auf Jugendliche nicht möglich ist, können sie das erprobte Konzept nicht umsetzen. Deshalb müssen Fachkräfte (beider Praxisfelder) Zeit für Beobachtungen, spontane und geplante Resonanzen und weitere, nicht im Voraus zu planende Aktivitäten, haben.

-- Das „Integrationsmodell für politische Bildung in der Jugendarbeit“ kann nur dann konsequent umgesetzt werden, wenn Konzept und pädagogisches Handeln in der Einrichtung oder Organisation abgestimmt erfolgen. Dies benötigt die Abstimmung der Fachkräfte untereinander sowie Unterstützung durch die Leitungen, auch gemeinsame Handlungsleitlinien, beispielweise ein gemeinsames Leitbild. Auch notwendige Reflexionsrunden und Qualifizierungen sollten möglich sein. Im Projekt OPEN konnten diese Tätigkeiten dank der Finanzierungsbedingungen der Stiftung Mercator gegenfinanziert werden. So konnten sich die beteiligten hauptamtlichen Fachkräfte durch die Finanzierung von Entlastungspersonal für das Projekt Ressourcen verschaffen.

-- Gleiches gilt für Kooperationen. Wenn erkannt ist, dass Kooperationen qualitative Vorteile für politische Bildung in der Jugendarbeit bringen, müssen sie als Regelaufgabe anerkannt und der Aufwand für Kommunikation, Koordination und Zusammenarbeit muss finanziert werden.

„Vor dem Projekt OPEN hatten wir noch nicht zusammengearbeitet. Deshalb haben wir uns viel Zeit fürs Kennenlernen und den Austausch über unser jeweiliges Verständnis von politischer Bildung und Partizipation sowie die unterschiedlichen Rahmenbedingungen unserer Arbeit genommen. [...] Das halten wir rückblickend unbedingt für einen Erfolgsfaktor unserer Arbeit. [...] [Durch diese Phase] konnten wir uns im Verlauf des Projekts immer sehr

rasch verständigen. Planung und Abstimmungen haben sich z.B. nie zu Zeitfressern entwickelt.“ (O-Ton einer Fachkraft)

-- Kooperationen werden durch finanzielle, organisatorische und politische Rahmenbedingungen erschwert. So werden Träger bislang nach getrennten Politik- und Verwaltungszuständigkeiten und durch unterschiedliche Finanzströme in ihrer jeweiligen Trägerform finanziert. Fördermittel für gemeinsame Maßnahmen zu kombinieren, die unterschiedlichen Richtlinien folgen oder verschiedenen Zuwendungsgebern zugeordnet sind, die sich in der Zuständigkeit ausschließen, ist so gut wie nicht möglich. In der Konsequenz sind Kooperationen oft nur unter der Bedingung möglich, dass einer der Partner die Finanzierung sichert. Dies führt unweigerlich zu einem Ungleichgewicht und begünstigt ein „Dienstleistungsverhältnis“. Abhilfe könnten Förderprogramme schaffen, die für Kooperationsbeziehungen konzipiert sind. Im Projekt OPEN konnten diese Schwierigkeiten dank der Finanzierungsbedingungen der Stiftung Mercator umgangen werden. So bestimmten die Partner selbst, wie die Projektmittel innerhalb der Partnerschaften aufgeteilt wurden. Durch die flexiblen Finanzierungsbedingungen konnten strukturelle Hürden, die praxisfeldübergreifende Kooperationen normalerweise erschweren oder gar verhindern, überwunden werden. Damit ist deutlich geworden, dass politische Bildung in nonformalen Kooperationen gelingt, in der Regularität jedoch eigene Förderbedingungen für offene, partizipative, bedarfsorientierte und flexible Formen benötigt.

-- Die kritische Begleitung durch ein stabiles, breites Netzwerk und eine Unterstützungsstruktur aus Politik, Wissenschaft und Verwaltung stärken das Feld der politischen Bildung/Demokratiebildung in der Kinder- und Jugendarbeit. Durch die Verbreitung der Erfahrungen und Ergebnisse und einen neu angeregten Fachdiskurs wird die Weiterentwicklung der Praxis politischer Bildung vorangebracht. Darüber hinaus können „Lobbyist*innen“ weitere Kooperationen anregen. Entscheidungsstellen aus Politik und Verwaltung, die die Förderung gestalten können, wie das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration (MKJFGFI) des Landes Nordrhein-Westfalen oder die Landeszentrale für politische Bildung NRW sowie Stellen der Bundesebene (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/BMFSFJ, Bundeszentrale für politische Bildung/bpb), wurden deshalb vom Projekt OPEN frühzeitig einbezogen und kontinuierlich über Projekterkenntnisse informiert, um auf Änderungen der Förderbedingungen einzuwirken. Dass es gelungen ist, Vertreter*innen der genannten Institutionen ebenfalls für den Beirat des Forschungsvorhabens „Forschungsprojekt zu neuen kooperativen Formen politischer Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit“ zu gewinnen, lässt nicht nur auf Interesse schließen, sondern auch (vorsichtig) auf Engagement in dieser Sache hoffen.

Verbreitung und Dokumentation

Transfer für Bildung e.V. hat, begünstigt durch eine umfangreiche Vernetzung im Jugend- und Bildungsbereich in NRW und auf der Bundesebene, eine wirkungsvolle Unterstützungsstruktur einbeziehen können. Sie reflektierten die Ergebnisse des Projekts kritisch mit und verbreiteten sie – auch über das Projektende hinaus, was zu einer Fortsetzung der inhaltlich-fachlichen Diskussion und ggf. auch zu einer Weiterentwicklung, im Sinne zukünftiger Veränderungen von Förderbedingungen, beitragen kann.

Die weit gestreute Verbreitung der Ergebnisse unterstützt die Qualifizierung der Fachkräfte, was das Feld der politischen Bildung/Demokratiebildung in der Kinder- und Jugendarbeit insgesamt maßgeblich stärken und Aufmerksamkeit für die Differenziertheit und Vielfalt der Praxisfelder politischer Bildung erzeugen kann.

Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Die Webseite des Projekts OPEN (<https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/open/https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/open>) informierte – und informiert auch über die Projektlaufzeit hinaus – über das Projektkonzept, die Projektpartnerschaften und die Projektergebnisse. Unter „Aktuelle Beiträge“ bot sie u.a. Hinweise auf Fachveranstaltungen und Aktivitäten der Projektpartnerschaften sowie Vorstellungen der Einrichtungen der Partnerschaften. 2023 zählte die Seite insgesamt rund 2.000 Zugriffe/Seitenansichten. Aus Datenschutzgründen können die Nutzer*innen dieser und der Webseite des Forschungsprojekts (siehe Frage 5) über einen Cookie-Banner das Webanalysetool Matomo deaktivieren. Sie tauchen dann nicht mehr oder nur noch teilweise in der Statistik auf, sodass die tatsächlichen Zugriffszahlen möglicherweise höher liegen.

Über aktuelle Termine wurde fortlaufend über die Social-Media-Kanäle (X, Facebook, LinkedIn) von *Transfer für Bildung e.V.* informiert.

Die Webseite des kooperierenden „Forschungsprojekts zu neuen kooperativen Formen politischer Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit“ ist auf der Homepage von *Transfer für Bildung e.V.* unter dem Menüpunkt „Transferstelle“ angesiedelt. 2023 zählte die Seite rund 660 Zugriffe/Seitenansichten.

Zum Ende des Projekts wurde eine Veröffentlichung (Handreichung) erstellt, die als Printversion und als pdf-Datei auf der Webseite zur Verfügung steht. Sie stellt u.a. die GEBE-

Methode und das Integrationsmodell für politische Bildung in der Jugendarbeit vor und bietet Checklisten zur Unterstützung eigener Vorhaben.

Informationen der (Fach-)Öffentlichkeit über das Projekt OPEN

Transfer für Bildung (TfB) e.V. / Transferstelle politische Bildung hat während der gesamten Laufzeit das Projekt OPEN bei zahlreichen Veranstaltungen vorgestellt, in Diskussionsbeiträgen oder als eingeständige Präsentation, z.B. im Rahmen eines Vortrags oder Workshops (nachfolgend jeweils eine Auswahl).

2021

25. März 2021

Vorstellung des Projekts bei der GEMINI-Fachtagung „Politische Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit“ (25.03.2021)

19. April 2021, 9. Juni 2021, 6. Oktober 2021

„Demokratiebildung und politische Bildung in der Jugendsozialarbeit NRW“. Im Rahmen des zweiteiligen Projekts der Landesjugendämter der Landschaftsverbände Westfalen-Lippe und Rheinland hatte Helle Becker die wissenschaftliche Begleitung von Baustein 2, in den sie Erkenntnisse aus OPEN einbrachte, u.a. in Workshops und bei der Abschlusstagung 2022.

18. bis 20. Mai 2021

17. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag (DJHT); Präsentation am Messestand von *Transfer für Bildung (TfB) e.V. / Transferstelle politische Bildung*

17. Juni 2021

Vorstellung des Projekts in der Beiratssitzung der *Fachstelle politische Bildung – Transversalen (TfB e.V.)*

20. bis 22. September 2021

3. Bundeskongress Kinder- und Jugendarbeit; diverse Beiträge mit Hinweisen zum Projekt OPEN auf einem Panel und in mehreren Sessions

9./10. Dezember 2021

Vorstellung von Projekterkenntnissen und des Integrationsmodells politische Bildung in der Jugendarbeit/Jugendbildung bei „momente-Politische Bildung und Offene Kinder und Jugendarbeit in NRW“, Impulsvortrag und Workshop, TH Köln

2022

7./8. Februar 2022

Vorstellung von Projekterkenntnissen und des Integrationsmodells politische Bildung in der Jugendarbeit/Jugendbildung beim Arbeitstreffen „Verständigung über die Räume von Demokratiebildung und politischer Bildung: Schule, außerschulische Bildung, Offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit im Rahmen des DFG-Netzwerks „Wissenschaftliches Netzwerk zur Bestimmung des Verhältnisses von Demokratiebildung und politischer Bildung“

17. Februar 2022

Vorstellung von Projekterkenntnissen und des Integrationsmodells politische Bildung in der Jugendarbeit/Jugendbildung bei der Fachtagung „Wie gelingt partizipative politische Bildung für Jugendliche und junge Erwachsene im Fußball?"; Veranstalter: Lernort Stadion e.V. und BAM! Bildung am Millerntor, in Kooperation mit der Universität Hamburg

21./22. Februar 2022

Vorstellung von Projekterkenntnissen und des Integrationsmodells politische Bildung in der Jugendarbeit/Jugendbildung beim Wissenschaftlichen Kolloquium „Was ist Jugendarbeit?“ zur Jugendarbeitsforschung und -theorie, Jugendhof Vlotho

28. April 2022

Abschlussstagung des zweiteiligen Projekts der Landesjugendämter der Landschaftsverbände Westfalen-Lippe und Rheinland: „Demokratiebildung und politische Bildung in der landesgeförderten Jugendsozialarbeit in NRW“. Im Rahmen des Projekts brachte Helle Becker, wissenschaftliche Begleitung von Baustein 2 der Fortbildungsreihe, fortlaufend Erkenntnisse aus OPEN sowie das Integrationsmodell politische Bildung in der Jugendarbeit/Jugendbildung bei ein.

16. November 2022

Vorstellung von Projekterkenntnissen und des Integrationsmodells politische Bildung in der Jugendarbeit/Jugendbildung bei „Jugend(arbeit) nach Corona?!"; Jahrestagung der Fachkräfte kommunaler Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz; Veranstalter: Landesjugendamt Rheinland-Pfalz

2. Dezember 2022

Vorstellung von Projekterkenntnissen und des Integrationsmodells politische Bildung in der Jugendarbeit/Jugendbildung bei „Macht Jugendarbeit (k)einen Unterschied? Partizipation, Demokratiebildung und politische Bildung junger Menschen“; Tagung der BAG Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. & des Kooperationsverbunds OJKA

2023

27./28. Februar 2023 (Vortrag und Diskussion)

Vorstellung von Projekterkenntnissen und des Integrationsmodells politische Bildung in der Jugendarbeit/Jugendbildung beim Kolloquium der Jugendarbeitsforschung und -theorie „Was ist Jugendarbeit“, LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho

25. April 2023 (Online-Vortrag)

Input zum Thema Demokratiebildung und politische Bildung – Herausforderungen, Zumutungen und Chancen für die Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit mit Vorstellung des Integrationsmodells politische Bildung in der Jugendarbeit/Jugendbildung zum Jahresschwerpunkt „Politische Bildung“ bei Evangelischer Verein für Jugendsozialarbeit in Frankfurt am Main e.V., Arbeitsbereichsversammlung Offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendberatung und Migrationsdienste

11. Mai 2023 (Online-Vortrag)

Vorstellung des Integrationsmodells politische Bildung in der Jugendarbeit/Jugendbildung bei „Politische Bildung für alle: Zur unterschätzten Rolle von Jugend(sozial)arbeit“ Kongress zum Thema „Menschen erreichen – Zusammenhalt stärken“ des Internationalen Bundes (IB) Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e.V.

24./25. Mai 2023 (Vortrag und Diskussion)

„Politische Bildung, Demokratiebildung und Partizipation. Zur unterschätzten Rolle von Jugendarbeit“ mit Vorstellung des Integrationsmodells politische Bildung in der Jugendarbeit/Jugendbildung Fachtagung der Universität Marburg im Rahmen des „Jugendaktionsprogramms Partizipation Hessen“, Frankfurt am Main

20./21. November 2023 (Vortrag und Diskussion in einer Arbeitsgruppe)

„Vorstellung des Integrationsmodells für politische Bildung in der

Jugendbildung/Jugendarbeit“, Fachtagung der Fachstelle politische Bildung – Transversalen:
Zusammen:denken – politische Bildung im Plural, Berlin

2024

19./20. Februar 2024 (Vortrag und Diskussion)

„Integrationsmodell für politische Bildung in der Jugendarbeit“, Kolloquium der
Jugendarbeitsforschung und -theorie „Was ist Jugendarbeit“, LWL-Bildungszentrum
Jugendhof Vlotho

26./27. Februar 2024 (gemeinsam mit Moritz Schwerthelm, Universität Hamburg)
Fortbildung für die Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Offenbach am Main im Rahmen des
„Jugendaktionsprogramms Partizipation“ des Landes Hessen unter Nutzung des
Integrationsmodells politische Bildung in der Jugendarbeit/Jugendbildung.

23. Mai 2024 (Vortrag und Diskussion)

„Erkenntnisse aus dem Projekt OPEN – Offene Jugendarbeit und politische Jugendbildung
gemeinsam engagiert“; Fachtagung „Neue Anforderungen an politische Bildung in der
Kinder- und Jugendarbeit. Erkenntnisse und Perspektiven“, Abschlussveranstaltung des
Forschungsprojekts „Feldanalyse Kinder- und Jugendarbeit“ Transfer für Bildung e.V. mit der
TH Köln, Köln

16.-18. September 2024 (Workshop)

„Erkenntnisse aus dem Projekt OPEN – Offene Jugendarbeit und politische Jugendbildung
gemeinsam engagiert“; Bundeskongress für Kinder- und Jugendarbeit, Potsdam

Das FORUM für Kinder- und Jugendarbeit (<https://www.kinder-undjugendarbeit.de/index.php?id=13>), die Fachzeitschrift des Verbands Kinder- und
Jugendarbeit Hamburg e.V. (VKJH), hat 2022 einen Artikel über das Projekt OPEN
veröffentlicht. Ein Beitrag zum Ende des Projekts mit Erkenntnissen und Erfahrungen
erschien im Sommer 2024.

Nachhaltigkeit

Transferarbeit, Unterstützungsstruktur und Forschung

Die Auswertung der Projekterfahrungen wurde, wie beschrieben, Praxis, Verwaltung und Politik zur Verfügung gestellt und dient als Anregung oder Modell für weitere nachhaltige, dauerhafte Kooperationen und neue Formen politischer Bildung für bildungsbenachteiligte Jugendliche.

Während des Projekts wurde stets auch die mögliche Verstetigung von neuen Formaten und Gemeinsamkeiten der Projektpartnerschaften über die Laufzeit hinaus in den Blick genommen. OPEN hat Raum und Zeit geboten, um förderliche (und hinderliche) Bedingungen der Zusammenarbeit zwischen Offener Jugendarbeit und nonformaler politischer Jugendbildung genau auszuloten und zu beschreiben sowie Lösungsansätze und kreative Modelle zu finden. Was muss für eine Zusammenarbeit neu gedacht und verändert werden? Welche tragfähigen Modelle der Zusammenarbeit werden gefunden? Wird es notwendig, in den Einrichtungen selbst etwas zu verändern? Im Idealfall emanzipieren sich sowohl die Einrichtungen der politischen Jugendbildung als auch die der Offenen Jugendarbeit von bisherigen Narrativen zu politischer Bildung – etwa als „für „benachteiligte Jugendliche ungeeignet“ – sowie von strukturellen Merkmalen, Formen und Settings und entwickeln gemeinsam ganz neue Konzepte und Ansätze politischer Bildung in der Jugendarbeit.

Die schon beschriebene Unterstützungsstruktur von Transfer für Bildung e.V. auf Landes- und Bundesebene kann Projektergebnisse mitreflektieren, sie verbreiten und vor allem eine Implementierung und Weiterentwicklung (z.B. durch Fortbildungen) fördern. Damit können die Ergebnisse des Projekts wertvolle Impulse für die Fachöffentlichkeit liefern, zur Qualifizierung der Akteur*innen beitragen und politische Bildung/Demokratiebildung in der Jugendarbeit insgesamt maßgeblich stärken.

Seit Mitte 2022 gab es eine weitere Möglichkeit, über die Laufzeit hinaus Wirkung zu erzielen. *Transfer für Bildung e.V.* führt mit der Technischen Hochschule Köln, Forschungsschwerpunkt Nonformale Bildung, Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften, das „Forschungsprojekt zu neuen kooperativen Formen politischer Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit. Eine qualitative Feldanalyse“ (Laufzeit: 2022-2024) durch. Das Projekt wird von der Stiftung Deutsche Jugendmarke gefördert. Das Vorhaben nimmt die besonderen Feldbedingungen im Projekt OPEN zum Ausgangspunkt, um die Frage

zu beantworten, wie neue Formen politischer Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit in Kooperation mit politischer Jugendbildung umgesetzt werden können. *Transfer für Bildung e.V.* bildet die kommunikative Schnittstelle zwischen den Projektpartnerschaften im OPEN-Projekt und dem Forscher*innenteam und verantwortet Transfer-, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Das oben genannte „Forschungsprojekt zu neuen kooperativen Formen politischer Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit“ nutzte OPEN als Forschungsfeld. Es hat das Praxisvorhaben jedoch nicht evaluiert.

Eine Fachtagung des Forschungsprojekts am 23. Mai 2024 in Köln bot eine weitere Gelegenheit mit großer Reichweite, um die Erkenntnisse aus dem Projekt OPEN, über die Projektlaufzeit, hinaus in den Fachdiskurs einzuspeisen und zu diskutieren. Auf der Fachtagung „Neue Anforderungen an politische Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit. Erkenntnisse und Perspektiven“ wurden die Forschungsergebnisse diskutiert – für die OPEN das Forschungsfeld / den Feldzugang bot –, um u.a. Perspektiven für die Praxisfelder Kinder- und Jugendarbeit zu entwickeln. Eingeladen waren auch Forscher*innen aus weiteren aktuellen Forschungsprojekten („Von- und Miteinander Lernen. Kompetenzteams aus außerschulischer Jugendbildung und Sozialpädagogik zur Stärkung politischer Bildung“, Universität Gießen; „momente-Politische Bildung und Offene Kinder- und Jugendarbeit in NRW“, TH Köln; „Demokratiebildung in der landesgeförderten Jugendsozialarbeit in NRW“). Erkenntnisse aus diesen Projekten wurden in die Debatte einbezogen. Die Fachtagung förderten die Stiftung Deutsche Jugendmarke und das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration (MKJFGFI) des Landes Nordrhein-Westfalen.



Zum Ende des OPEN-Projekts wurde die Handreichung „OPEN – Offene Jugendarbeit und politische Bildung gemeinsam engagiert. Erkenntnisse aus praxisfeldübergreifenden Kooperationen“ erstellt, die von den Herausforderungen, Erfahrungen und Erfolgen im Projekt OPEN berichtet und zum Nachmachen ermuntern soll.

Projektverlauf, -erfahrungen und -ergebnisse wurden gemeinsam mit den Projektpartnerschaften laufend reflektiert, von *Transfer für Bildung e.V. (TfB)* / *Transferstelle politische Bildung dokumentiert* und mithilfe der Unterstützer*innen, dem Beirat der *Fachstelle politische Bildung – Transversalen* und dem Beirat zum „Forschungsprojekt zu neuen kooperativen Formen politischer Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit“ diskutiert und bewertet. Daraus abgeleitete Empfehlungen wurden dokumentiert und verbreitet. Da auch Zwischenergebnisse in die Fachdebatte eingebracht werden, gab es aus diesem Kreis laufend Rückmeldungen, Einschätzungen und Feedback. Gleichzeitig beobachtete und

dokumentierte *Transfer für Bildung e.V. (TfB) / Transferstelle politische Bildung* die aktuelle Fachdebatte und ordnet die Erfahrungen des OPEN-Projekts ein. Im Verlauf des Projekts wurden Bedingungen von Kooperationen und neuen Formen politischer Bildung gemeinsam mit Multiplikator*innen und Entscheidungsträger*innen bewertet sowie fachliche, organisatorische und politische Konsequenzen.

Nach dem Projekt ist vor den Projekten...?

Das Projekt fragte unter anderem danach, wie förderliche Bedingungen erarbeitet werden können, um für sogenannte benachteiligte oder als bildungsfern stigmatisierte Jugendliche und mit ihnen Angebote für ihre aktuellen, akuten und oft verborgenen politischen Interessen zu machen und Raum für ihre politischen Ideen, Meinungen und Urteile zu schaffen. Von zentraler Bedeutung war dabei vor allem die Frage, welche Bedingungen in der Regularbeit dafür notwendig wären – jenseits von Projektmitteln, die nicht an die üblichen Förderrichtlinien gebunden sind (wie die der Stiftung MERCATOR).

Inwieweit die Erkenntnisse des Projekts OPEN und des kooperierenden Forschungsvorhabens Politik und Verwaltungslogiken tatsächlich in Bewegung bringen können und neue (auch reguläre) Finanzierungsmöglichkeiten entstehen, konnte zum Zeitpunkt dieses Berichts nur intensiv, jedoch nicht unbegründet, gehofft werden. Von Anfang an wurden diese Optionen zentral in den Blick genommen. An ihrer Verwirklichung wird durch konsequente Informations- und Öffentlichkeitsarbeit auf vielen Kanälen, persönlich und medial, weiterhin gearbeitet.

Literatur

Becker, Helle (2024): Mission possible: Politische Bildung in der Jugendarbeit. In: deutsche jugend – Zeitschrift für Jugendarbeit. 72. Jg., H. 7-8, S. 334-342

Becker, Helle (2022): Integrationsmodell für politische Bildung in der Jugendbildung/Jugendarbeit. In: Transferstelle politische Bildung (2022): Politische Bildung und Jugendarbeit. Handreichung für eine verbindende Perspektive, Essen

Becker, Helle (2021): Demokratie verlangt mehr politische Bildung. Zumutungen für die Offene Kinder- und Jugendarbeit. In: Offene Jugendarbeit, H. 4, S. 7-12, Berlin

Becker, Helle (2020): Demokratiebildung – eine Herausforderung für die Jugendarbeit? In: Kammerer, Bernd (Hrsg.) (2019): Unpolitisch, interessiert, engagiert!? Demokratiebildung

und die Kinder- und Jugendarbeit. Nürnberger Forum der Kinder- und Jugendarbeit, Nürnberg, S. 29-45

Becker, Helle (2020): Demokratiebildung und politische Bildung in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit (SGB VIII § 11-13) – Studie. Materialien zum 16. Kinder- und Jugendbericht, hrsg. v. Deutschen Jugendinstitut, München

Becker, Helle (2018): „Politischer werden! Politische Jugendbildung als Herausforderung der Jugendarbeit“. In: Sozial Extra – Zeitschrift für die Soziale Arbeit Ausgabe 5/2018. Wiesbaden, S. 13-16

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter, Berlin

Klink, Marita (2024): OPEN – Offene Jugendarbeit und politische Bildung gemeinsam engagiert. Erkenntnisse aus praxisfeldübergreifenden Kooperationen. In: Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e.V. (VKJH) (Hrsg.): FORUM für Kinder und Jugendarbeit 3/2024. Hamburg, S. 37-40

Klink, Marita (2022): OPEN – Offene Jugendarbeit und politische Bildung gemeinsam engagiert. Partnerschaften für Perspektiven(-wechsel). In: Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e.V. (VKJH) (Hrsg.): FORUM für Kinder und Jugendarbeit 1/2022. Hamburg, S. 22-24

Kohl, Wiebke / Seibring, Anne (Hrsg.) (2012): „Unsichtbares“ Politikprogramm? Themenwelten und politisches Interesse von „bildungsfernen“ Jugendlichen, Bonn

Schwerthelm, Moritz (2021): Offene Kinder- und Jugendarbeit als hybride Organisation – ein Modell zur Diskussion ihrer Funktionen. In: Deinet, Ulrich / Sturzenhecker, Benedikt / von Schwanenflügel, Larissa / Schwerthelm, Moritz (Hrsg.): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. 5., völlig umgestaltete Ausgabe. Wiesbaden, S. 883-908

Sturzenhecker, Benedikt (2023): Aus den lebensweltlichen Themen der Jugendlichen mit ihnen Demokratiebildung entwickeln – Kurzeinführung in die GEBe-Methode. In: Transferstelle politische Bildung (2023): OPEN – Offene Jugendarbeit und politische Bildung gemeinsam engagiert. Empfehlungen aus praxisfeldübergreifenden Kooperationen. Essen

Sturzenhecker, Benedikt / Glaw, Thomas / Schwerthelm, Moritz (2015-2020): Gesellschaftliches Engagement von Benachteiligten fördern – Band 1-3, Gütersloh

Thimmel, Andreas (2022): Politische Informiertheit in der Kinder- und Jugendarbeit. In: Transfer für Bildung e.V. (Hrsg.): Politische Bildung und Jugendarbeit. Handreichung für eine verbindende Perspektive. Essen, S. 56-62

Zum Weiterlesen

Webseite des OPEN-Projekts: <https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/open>

Transfer für Bildung e.V. (2023): OPEN – Offene Jugendarbeit und politische Bildung gemeinsam engagiert. Erkenntnisse aus praxisfeldübergreifenden Kooperationen (Broschüre) [Download](#)

Transfer für Bildung e.V. (2023): Integrationsmodell für politische Bildung in der Jugendbildung/Jugendarbeit (Factsheet) [Download](#)

Webseite „Forschungsprojekt zu neuen kooperativen Formen politischer Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit“: <https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/feldanalyse-kja>

Broschüre (zum Forschungsprojekt) „Neue kooperative Formen politischer Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit“: <https://transfer-politische-bildung.de/transfmaterial/veroeffentlichungen/mitteilung/artikel/broschuere-neue-kooperative-formen-politischer-bildung-in-der-kinder-und-jugendarbeit/>

Transferstelle politische Bildung

c/o Transfer für Bildung e.V.

Rellinghauser Straße 181, 45136 Essen

Telefon: 0201 85791454-0

E-Mail: info@transferfuerbildung.de

Internet: <https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/open>

Zitationsvorschlag: Transfer für Bildung e.V. (2025): Projektbericht „OPEN – Offene Jugendarbeit und politische Bildung gemeinsamen engagiert“ (2021-2023), online: <https://transfer-politische-bildung.de/transfmaterial/veroeffentlichungen/mitteilung/artikel/ergaenzender-projektbericht-open-offene-jugendarbeit-und-politische-bildung-gemeinsamen-engagiert>

Dieses Dokument wurde am 11.04.2025 hier veröffentlicht: <https://transfer-politische-bildung.de/transfmaterial/veroeffentlichungen>